



BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Bayerisches BreitbandForum, 12. Oktober 2023,
Stadthalle Gunzenhausen, www.bayerisches-breitbandforum.de



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Mit einem bayerischen Porzellanlöwen ehrten KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle (li.) und CSU-Generalsekretär Martin Huber (re.) das langjährige Mitglied im KPV-Landesvorstand Werner Kundörfner aus dem Markt Feucht im Kreis Nürnberger Land. Bild: KPV

KPV-Landesversammlung in München:

Eigenverantwortung statt staatlicher Bevormundung!

Bürgerliche Lebenswirklichkeit im Visier
Leistung muss sich lohnen!

Zentrale Forderungen für die Landtags- und Bezirkstagswahl im Oktober sowie die Diskussion aktueller kommunalpolitischer Themen standen auf der Agenda der KPV-Landesversammlung 2023 in München. Der nahezu einstimmig wiedergewählte Landesvorsitzende, Landrat Stefan Rößle (siehe Kasten) konnte hierzu über 120 kommunale Spitzenvertreter aus ganz Bayern, Abgeordnete aus Bund und Land sowie den Ehrengast, CSU-Generalsekretär Martin Huber, MdL, willkommen heißen.

Wie Rößle eingangs betonte, „zeichnet uns als CSU-Kommunalpolitiker nicht nur die hohe Präsenz in den Kommunen, sondern insbesondere unsere zukunftsfähige, praxistaugliche und bürgerfreundliche Politik für die Menschen vor Ort aus“. Die Bayern und die bayerische Kommunalpolitik stünden bestens da: Bayern verfüge über eine hohe Wirtschaftskraft, eine starke Infrastruktur, ein soziales Herz, und sei zudem ein familien- und kommunalfreundliches Land. Dies belegten unter anderem das FAG-Rekordhoch von über 10 Mrd. Euro, die Coro-

na-Hilfe für die Kommunen mit dem Gewerbesteuerausgleich, die Unterstützung der Krankenhäuser in Bayern (u. a. Geburtshäuser), die gestiegene Bäderförderung und die in der Regel 100-prozentige Übernahme der Asylkosten.

Kommunale Baustellen und wichtige Schwerpunktthemen

Gleichwohl gibt es einige kommunale Baustellen und wichtige Schwerpunktthemen, die der KPV-Landeschef CSU-Generalsekretär Martin Huber mit auf den Weg gab. Dazu zählt die grundsätzliche Finanzausstattung der Kommunen, die aus Sicht der KPV aufgrund wachsender Aufgaben, z. B. durch übertragene Aufgaben von Bund und Land, und steigen-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Kommunale Haushalte geraten in Schieflage

Defizite und fehlende Investitionen absehbar

Die finanzielle Lage der Kommunen verschlechtert sich sehr deutlich. Für das laufende Jahr rechnen die kommunalen Spitzenverbände mit einem Defizit von 6,4 Milliarden Euro und für das kommende Jahr 2024 von fast 10 Milliarden Euro. Das geht aus der aktuellen Prognose des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für die Kommunalfinanzen bis zum Jahr 2026 hervor.

Infolge notwendiger Einsparungen werden die Kommunen damit bei weitem nicht so ausreichend in Klimaschutz, Klimaanpassung, Energie- und Verkehrswende investieren können, wie es notwendig ist – die tatsächlichen Investitionen werden angesichts steigender Preise sogar stetig abnehmen. Ursache für die absehbare Haushaltskrise sind die Ausgabensteigerungen durch die Inflation, steuerrechtsbedingte Einnahmefälle sowie die unzureichende Flüchtlingsfinanzierung.

Kommunen haben keinen Spielraum für neue Aufgaben

Zu den veröffentlichten Prognosedaten zur kommunalen Finanzlage sagten die Präsidenten

Herrmann präsentiert 12-Punkte-Programm:

Katastrophenschutz-Konzept für Bayern

Die Einsatzlagen bei Katastrophen werden immer komplexer. Funktionierende und gut aufgestellte Strukturen im Katastrophenschutz sind deshalb heute wichtiger denn je. Das Bayerische Innenministerium hat deshalb schon im Sommer 2022 einen Diskussionsprozess über dessen Fortentwicklung angestoßen und daraus mit den am Hilfeleistungssystem beteiligten Akteuren das Konzept „Katastrophenschutz Bayern 2025“ entwickelt. Gemeinsam mit Vertretern von Hilfs- und Einsatzorganisationen sowie Fachverbänden stellte Innenminister Joachim Herrmann nun das Konzept in Nürnberg vor.

„Der Katastrophenschutz in Bayern ist hervorragend aufgestellt“, bekräftigte Herrmann. „Um uns für künftige Herausforderungen zu wappnen, haben wir zwölf konkrete Empfehlungen zur Fortentwicklung des Katastrophenschutzes erarbeitet“, erläuterte der Innenminister. Diese sollen bis 2025 schrittweise umgesetzt werden.

Konkrete Vorschläge

Das neue Katastrophenschutzkonzept enthält konkrete Vor-

der kommunalen Spitzenverbände Oberbürgermeister Markus Lewe (Deutscher Städtetag), Reinhard Sager (Deutscher Landkreistag) und Bürgermeister Dr. Uwe Brandl (Deutscher Städte- und Gemeindebund): „Die Kommunalfinanzen rutschen in eine dauerhafte Schieflage. Kurzlebige Hilfsprogramme lösen nicht das strukturelle Problem des Defizits, was sich gerade derzeit wieder bestätigt. Wir brauchen einen größeren Anteil an den Gemeinschaftssteuern – um flexibel und ohne riesigen bürokratischen Aufwand die Problemlagen vor Ort angehen zu können.“

Die Prognose zeige: Die Kommunen haben auf absehbare Zeit keinen Spielraum für neue (Fortsetzung auf Seite 2)

schläge von organisatorischen Maßnahmen wie der Errichtung des Bayerischen Melde- und Lagezentrums Bevölkerungsschutz (BayMLZ) im Innenministerium, das bereits im Mai dieses Jahres seine Tätigkeit aufgenommen hat, bis hin zu einer verstärkten Digitalisierung im Katastrophenschutz, etwa bei der Lagerdarstellung und Einsatzbewältigung.

Zu den Hauptaufgaben des BayMLZ zählen neben der fortlaufenden Lagebeobachtung sowie einer Bewertung und Wei-

(Fortsetzung auf Seite 4)



V.l.: Theresa von Hassel, Stv. Ministerpräsident Hubert Aiwanger und Constanze von Hassel. Bild: Jessica Maiwald-Kassner

Bayerisches Energie- und WasserkraftForum:

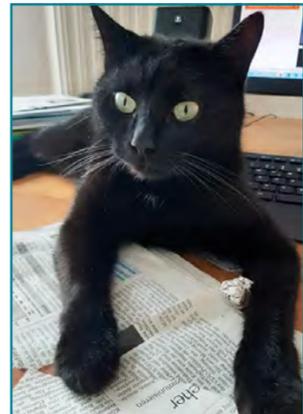
Energiewende mit Vernunft

Nachdem die Bayerische GemeindeZeitung seit 2016 Mitglied der Bayerische Klima-Allianz ist, darf sie sich nun offiziell auch „Unterstützer im Team Energiewende“ nennen. Beim 14. Bayerischen EnergieForum und 9. Bayerischen WasserkraftForum in Gunzenhausen begrüßte Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger vor 300 Gästen die GZ als neuen Partner.

Seit 2008 veranstaltet die Bayerische GemeindeZeitung das EnergieForum und spricht Verantwortliche in den Kommunen an, die sich mit Energie- und Klimaschutzthemen befassen. Im Jahr 2013 wurde das Bayerische WasserkraftForum aus gegründet, um die Bedürfnisse der bayerischen Wasserkraft stärker betonen zu können. Anlässlich der Bayerischen Energietage, die unter der Federführung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums stattfanden, wurden die beiden Veranstaltungen gebündelt. Sie bildeten das große Finale. Insgesamt fanden in allen Regierungsbezirken 130 Veranstaltungen statt, die die Energiewende im Großen und Kleinen zeigten.

Enger Schulterschluss mit den Kommunen

„Die Energiewende gelingt nur im engen Schulterschluss mit Kommunen, Bürgern und Unternehmen. Unsinnige Vorgaben wie das Heizungsgesetz sind Kostentreiber und stoßen an Akzeptanzgrenzen. Es braucht weniger staatliche Vorgaben für die Bürger und mehr Offenheit gegenüber allen Energiearten“, betonte Aiwanger.



„Allein 3.600 technische und rechtliche Normen sind beim Wohnungsbau zu berücksichtigen. In der Schweiz sind es 175“, Pino beklagt, dass die Ausuferung von Bürokratie nicht immer zu sachgerechten Ergebnissen führt. Seite 13

Sie lesen in dieser Ausgabe

Respekts-Agenda für Deutschland	2
Kommunale Wärmeplanung: Neuer Gesetzentwurf	2
Termine GZ-Akademie	2

GZ-Kolumne Christoph Göbel: Internationale Zusammenarbeit: Leise und wirkungsvoll	3
--	---

Für mehr Wertschöpfung auf dem Land	3
Gebündeltes Wissen zur BNE-Strukturrentwicklung	3
Jubiläum der Hanns-Seidel-Stiftung	3

Kommunale Bauthemen	5 - 8
Wasser • Abwasser	9 - 10
Messen • Tourismus	11

Aus den bayerischen Kommunen	11 - 14
--	---------



Bild: Norbert Wilhelm

„Menschen.Ideen.Werte“: Für mehr Wertschöpfung auf dem Land

Fachtagung der Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Essenbach

Im niederbayerischen Essenbach öffnete die Fachtagung der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung ihre Tore, um unter dem Motto „Menschen.Ideen.Werte“ ein Forum für den Austausch von Ideen und Erfahrungen im Bereich der ländlichen Entwicklung zu bieten. Die rund 300 Teilnehmer erhielten wertvolle Einblicke in die aktuellen Trends und Best Practices der Branche und konnten dabei ihr Netzwerk erweitern.

Mehr Wertschöpfung im ländlichen Raum zu erzeugen, kann ohne kreative, unternehmerische Bürgerinnen und Bürger nicht funktionieren, so der Tenor. Die Ämter für Ländliche Entwicklung (ÄLE) fungieren dabei seit Jahrzehnten als wertvoller Partner, wie Leonhard Rill, Leiter der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung, in seiner Begrüßung unterstrich.

Dass die ÄLE zu den Vorreitern bei der Bürgerbeteiligung und der Vernetzung und Kooperation von Kommunen im ländlichen Raum zählen, hob Hubert Bittlmayer, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, in seinem Impulsvortrag hervor. „Unternehmerische Menschen sind essenziell für einen vitalen und wirtschaftlich schlagkräftigen ländlichen Raum. Mit ihrem Engagement schaffen dabei viele nicht nur einen Mehrwert für sich, sondern auch für ihre Heimatregion und zeigen, was regionale Wertschöpfung ausmacht“, betonte Bittlmayer.

Großartige Projekte

Welch großartige Projekte entstehen können, wenn Begeisterung, Engagement und Fachwissen aufeinandertreffen, beweisen zahlreiche Beispiele im ländlichen Raum. Dazu zählt die Bürger-Energie-Genossenschaft im Landkreis Pfaffenhofen. Gründungsmitglied und Aufsichtsratsvorsitzender Oliver K. Eifertinger zeigte auf, wie lokale Wertschöpfung durch

Bürgerenergie erzeugt werden kann – ein Thema, das angesichts Energiekrise und Klimawandel aktueller denn je ist.

Die Bürger-Energie-Genossen-



MDDir. Leonhard Rill, Leiter der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung.

Bild: Stefan Neumann/StMELF

schaft für den Kreis Pfaffenhofen war im Jahr 2012 auf Initiative des Energie- und Solarvereins ESV und mit Unterstützung der Kreisstadt gegründet worden. Sie will nach eigener Darstellung bürgerschaftliches Engagement, klimafreundliche Energie-Erzeugung und wirtschaftlichen Erfolg untrennbar verbinden. Sie initiiert und finanziert Projekte zur Erzeugung, Speicherung und Verteilung erneuerbarer Energien im Landkreis. Dazu zählen der Bürgerwindpark Pfaffenhofen, Repowering Wasserkraft Frechmühle und der Solarcarport am Bahnhof. Die landkreisweite BEG sieht sich mit derzeit mehr als 1.000 Mitgliedern als eine der aktivsten Bürger-Ener-

gie-Genossenschaften im Freistaat.

Wie es gelingen kann, Dorfläden und Direktvermarkter zu vernetzen, darüber informierte Katrin Moritz vom Maschinenring Ebersberg anhand des Portals „Landkramer“. Das Portal macht den Einkauf von Lebensmitteln aus der Region bequemer und ermöglicht Landwirten neue Absatzwege. Dabei werden auch handwerkliche Lebensmittelverarbeiter aus der Region eingebunden.

System mit Online-Shop und Abholstationen

Durch die MR Landkramer GmbH wurde ein neuartiges System mit Online-Shop und Abholstationen entwickelt: Bequem auf das Sortiment aller beteiligten Direktvermarkter aus der Region zugreifen, online bestellen und am Folgetag die Ware an der gewählten Abholstation (Hofladen, Bäcker, Metzger, Gasthäuser) erhalten. Kurze Fahrstrecken tragen so zu einem positiven Umwelt- und Klimaschutzeffekt bei. Im Sinne des genossenschaftlichen Gedankens ist für die Bürger ebenfalls eine Beteiligung möglich. Damit soll zugleich der gesamtgesellschaftliche Dialog gestärkt werden.

Alexander Tremel von der Regiothek Passau stellte den Gästen die „RegiothekPlattform“ vor. Sie visualisiert Lieferketten von Erzeugern, Verarbeitenden, Einzelhändlern und Gastronomen, verbindet Verbraucher mit diesen Betrieben aus ihrer Region und unterstützt die Betriebe beim Weg in das digitale Zeitalter.

Plattform Regiothek

Das Unternehmen „Regiothek“ begann als Projekt am Lehrstuhl für Data Science der Uni Passau und wurde im Oktober 2018 als eigenständige GmbH ausgegründet. Bereits der erste öffentlich einsehbare Prototyp der Plattform regiothek.de sorgte für Auszeichnungen auf EU- und Bundesebene.

Die Regiothek-Plattform sammelt von ihren Kunden Daten über Lieferanten, Abnehmer sowie Zutaten, kombiniert die Informationen und macht diese öffentlich einsehbar. Aktuell sind über 200 Betriebe involviert und es existieren über 19.000 Lieferbeziehungen. Zur Optimierung der Technologien bearbeitet die Regiothek GmbH u.a. seit 2021 das BMEL-geförderte KI-Forschungsprojekt SMAEG-Bot in Kooperation mit der Universität Passau (CENTOURIS und Lehrstuhl für Data Science).

Was es mit der Initiative „HeimatUnternehmen“ auf sich hat, darüber berichteten schließlich die beiden „HeimatEntwicklerinnen“ Lisa Späthe aus Frauenau und Lisa Ditz aus Zwiesel. Unter dem Motto „Aktivieren statt Alimentieren“ motivieren sie kreative und unternehmerische Menschen zu Projekten, die die Region vielfältiger und lebendiger machen.

„Als HeimatEntwicklerin finde ich Menschen, die mit Herzblut ihrer Sache nachgehen und nicht nur sich selbst, sondern auch das Fortkommen ihrer Region im Blick haben“, erläuterte Späthe. Mittlerweile gibt es im Bayerischen Wald bereits über 40 sogenannte Heimatunternehmer. Von Handwerkern über Kulturschaffende bis hin zum Landwirt oder Koch ist alles dabei und gemeinsam sind sie erfolgreicher als Einzelkämpfer. **DK**

GZ

KOLUMNE
Christoph Göbel

Liebe Leserinnen und Leser,

interkommunale, auch internationale Zusammenarbeit ist nicht nur auf der Bühne der großen Politik heute wichtiger denn je. Leiser, oft aber noch viel konkreter und wirkungsvoller ist sie im Kleinen, auf der Ebene der Landkreise oder Kommunen beispielsweise. Auch in Zeiten, in denen viel von Alleinstellungsmerkmalen die Rede ist, ist es oft besser und meist wesentlich effizienter, „gemeinsame Sache zu machen“ und auf das Know-how und die Erfahrungen kommunaler Partner zu bauen. Im Landkreis München gab es dazu in jüngster Zeit zwei Beispiele, über die ich mich sehr freue.

Erst im Juli hat der Landkreis zusammen mit acht seiner Kommunen die ARGE Geothermie und Wärmewende gegründet. Die kommende



Kommunen, die aufgrund ihrer Größe jetzt nicht zur Aufstellung einer eigenen Wärmeplanung verpflichtet wären – ohne eine solche Partnerschaft, hätten sie sich vielleicht noch gar nicht auf diesen Weg gemacht.

Ebenfalls in diesen Tagen konnten wir das Jubiläum einer anderen, schon lange währenden Partnerschaft feiern: den 20. Jahrestag unserer Partnerschaft mit den polnischen Landkreisen Krakau und Wieliczka.

Der Ursprung dieser Partnerschaft reicht sogar bis ins Jahr 1999 zurück, als in Polen im Zuge einer Verwaltungsreform die Landkreise gegründet wurden. Weil man auch hier das Rad nicht neu erfinden wollte, blickte man nicht nur über die eigene Landkreis-, sondern sogar über die Landesgrenze hinaus, um sich Rat und Unterstützung beim Aufbau der neuen Strukturen zu holen. Es kam in der Folge zu einem regen Austausch zwischen Politik und Verwaltung, der im Jahr 2003 im Abschluss offizieller Partnerschaftsverträge mündete. Darin wurde dann aber nicht nur die Unterstützung und der Erfahrungsaustausch zu Themen der kommunalen Selbstverwaltung festgeschrieben, Ziel war es auch, einen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten. Wie wichtig und aktuell solche internationalen Bande sind, führt uns der schreckliche Krieg mitten in Europa täglich vor Augen. Gemeinsam mit unseren polnischen Partnern haben wir konkrete Hilfe für die Ukraine organisiert und damit einmal mehr bewiesen, was man gemeinsam und jenseits der großen Politik alles schaffen kann.

In diesem Sinne verbleibe ich optimistisch. Mit herzlichen Grüßen

Ihr Christoph Göbel

Stv. Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Landrat des Landkreises München

Leise, konkret, wirkungsvoll: Interkommunale Zusammenarbeit

Verpflichtung zur Aufstellung einer kommunalen Wärmeplanung stellt gerade kleine und mittlere Kommunen vor große Herausforderungen. Denn Projekte dieser Größenordnung sind für sie alleine kaum zu stemmen. Darüber hinaus lassen sich Potenziale und Synergien in einem interkommunalen Verbund wesentlich besser nutzen. Im Bereich der acht Kommunen, die sich jetzt zusammengeschlossen haben, kann das etwa die Geothermie sein, mit der gleich mehrere Kommunen versorgt werden könnten.

An der neuen ARGE beteiligen sich auch solche

Gebündeltes Wissen zur BNE-Strukturentwicklung auf kommunaler Ebene

„Praxishandbuch. Bildung für nachhaltige Entwicklung in Kommunen gestalten“ nun erschienen

Bildung für nachhaltige Entwicklung, kurz BNE, ist ein wirkmächtiges Konzept für die zukunftsorientierte Entwicklung von Kommunen. Das neue „Praxishandbuch. Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Kommune gestalten“ des BNE-Kompetenzzentrums vermittelt Personen auf der Entscheidungs- und auf der operativen Ebene das notwendige Wissen, um BNE möglichst breit und effizient in der Kommune zu verankern.

Damit liegt erstmals eine Publikation vor, die anwendungsorientierte Erkenntnisse zu BNE speziell an den Bedürfnissen von Kommunen ausrichtet. Die Grundlage für das Praxishandbuch bilden Wissen und Erfahrungen, die das BNE-Kompetenzzentrum in den vergangenen drei Jahren bei der Begleitung von 48 Modellkommunen bundesweit gesammelt und wissenschaftlich ausgewertet hat.

Sieben Handlungsfelder

Die Fakten aus Theorie und Praxis werden im Praxishandbuch in sieben Handlungsfeldern zusammengefasst. Nützliche Checklisten, Übersichtsdienste und Leitfragen helfen dabei, sich einzelne Themen zu erschließen oder zu reflektieren. Etliche Praxisbeispiele zeigen, welche Vielfalt an BNE-Maßnahmen im kommunalen Kontext bereits existiert, und inspirieren dazu, ähnliche Projekte zu planen. Alle Kapitel enthalten kurze Tipps und Empfehlungen für erste inhaltliche Schritte, BNE in der Kommune zu gestalten. Wer tiefer einsteigen möchte, kann dies anhand einer Fülle von Links zu relevanten Hintergrundinformationen tun.

„Das vorliegende Praxishandbuch stellt das etablierte „best practice“ aus den Modellkommunen zusammen. Es möchte damit die gewonnenen Erkenntnisse weiteren Kommunen zur Verfügung stellen und als Ratgeber bei der Implementierung neuer Strukturen unterstützen. Es ist die erste Publikati-

on in Deutschland, die die Verankerung von BNE in Kommunen in dieser Breite betrachtet“, lobt Dr. Jens Brandenburg, Parlamentarischer Staatssekretär der Bundesministerin für Bildung und Forschung, das Handbuch in seinem Geleitwort.

Praxishandbuch. Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Kommune gestalten
Autorengruppe BNE-Kompetenzzentrum, 132 Seiten
Inhalt:
• Einführungskapitel mit Meilensteinen im Bereich Nachhaltig-

Kostenloser Download

Praxishandbuch und Infografik sind ab sofort kostenlos im Download unter <https://www.bne-kompetenzzentrum.de/de/praxishandbuch> verfügbar.

Interessierte Kommunen können kostenlose Print-Exemplare beim BNE-Kompetenzzentrum anfragen. □

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. begeht Jubiläum in Banz:

Im Dienst der Demokratie

Bad Staffelstein (ots) Es ist das geistig-kulturelle Zentrum Frankens und Mittelpunkt für (gesellschafts-)politische Diskussionen. Seit 40 Jahren setzt sich die Hanns-Seidel-Stiftung mit ihrem Bildungszentrum Kloster Banz für Demokratie und Frieden ein. In einem feierlichen Festakt wurde nun das Jubiläum des Bildungszentrums gefeiert.

„Die Bedeutung von Kloster Banz kann nicht hoch genug eingeschätzt werden“, sagte Markus Ferber, MdEP, Vorsitzender der Stiftung in seiner Begrüßungsrede. „Es steht für vier Jahrzehnte Dienst am Menschen und für jahrzehntelanges Wirken der Stiftung im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung.“

In ihrer Festansprache gratulierte Staatsministerin Melanie Huml, MdL, der Stiftung und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu ihrer herausragenden Bildungsarbeit: „In Zeiten, in denen Extremisten mit aggressiven Tönen und ‚Fake News‘ öffentliche Debatten vergiften, ist politische Bildung wichtiger denn je. In den vergangenen 40 Jahren hat sich Kloster Banz zu einem bedeutenden Ort des Wissens, der Begegnung und des Austauschs entwickelt. Eine Vielzahl von engagierten Menschen hat bei der Hanns-Seidel-Stiftung ihre Fähigkeiten geschärft, ihr Wissen erweitert und sich auf höchstem wissenschaftlichen Niveau ausgetauscht.“

Pünktlich zum Jubiläum erscheint auch eine 42-seitige Festschrift, die bei der Hanns-Seidel-Stiftung erhältlich ist. □



V.I.: GZ-Herausgeber Landrat Stefan Rößle, Landkreis Donau-Ries, wurde durch Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet. Bild: Sebastian Widmann

Hohe Auszeichnung für GZ-Herausgeber

Landrat Stefan Rößle mit Kommunalen Verdienstmedaille geehrt

Eine ganz besondere Auszeichnung durften 21 Männer und Frauen entgegennehmen. Der Bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann, MdL, überreichte ihnen in einem feierlichen Akt im Festsaal des Schlosses Dachau die Kommunale Verdienstmedaille. Zu den Geehrten zählte auch der Landesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, Landrat und GZ-Herausgeber Stefan Rößle.

Für sein mittlerweile 27 Jahre andauerndes Engagement in der Kommunalpolitik wurde Landrat Stefan Rößle mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet. Nachdem Rößle sechs Jahre lang als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Oberndorf fungierte, übernahm er im Jahr 2002 das Amt des Landrats des Landkreises Donau-Ries. In seiner Laudatio betonte Staatsminister Joachim Herrmann ganz besonders Rößles positive Impulse, durch die sich der Landkreis in den vergangenen 21 Jahren akt-

traktiv entwickelt habe. Die stetige Verbesserung der Infrastruktur und die Kreisentwicklung seien dem Landrat besondere Herzensangelegenheiten, ebenso wie das Großprojekt „UNESCO Global Geopark Ries“ und das Vorantreiben der Digitalisierung im Donau-Ries, so der Staatsminister. Lobende Worte fand Herrmann außerdem für Rößles vorausschauendes und verantwortungsbewusstes Handeln, durch das der Landkreis trotz hoher Investitionen seit 2017 schuldenfrei ist. □

Eigenverantwortung statt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

der Ausgaben substanziell und nachhaltig über den kommunalen Finanzausgleich verbessert werden muss.

Rößle forderte u.a. die Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von 12,75 auf 15 Prozent, eine deutliche Aufstockung der staatlichen Investitionsfördermittel nach Art. 10 BayFAG für den kommunalen Investitions- und Sanierungsbedarf (z.B. im Bereich der Schulen und Kindertagesstätten), eine Erhöhung der Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG um 10 Prozent und eine Dynamisierung entsprechend der Tarifanpassungen im TVöD für die Erledigung von staatlichen und übertragenen Aufgaben. Darüber hinaus müsse die staatliche Personalausstattung an den Landratsämtern spürbar aufgestockt werden, um das erhebliche Personal- und Finanzdefizit bei den Staatsaufgaben zu beheben.

Beim Thema Asyl, Migration und Integration sind Rößle zufolge langfristige Lösungen und weiterhin eine starke Interessensvertretung der Bayerischen Staatsregierung in Berlin und Europa erforderlich. Konkret benannte er den Ausbau der zentralen, staatlichen Aufnahmezentren zur Entlastung der dezentralen Unterkünfte in den Kommunen, die Unterstützung bei der Erfüllung der übertragenen Aufgaben sowie die Erstattung ihrer integrativen Kosten (sog. KdU-Kosten aus dem SGB II), die konzeptionelle und finanzielle Unterstützung bei der Integration in Arbeit, Sprache, Wohnen durch den Freistaat sowie mehr Unterstützung bei unbegleiteten

minderjährigen Flüchtlingen.

Da Betreuung und Bildung der Kinder und Jugendlichen oberste Priorität hätten, forderte der KPV-Vorsitzende eine praxistaugliche Umsetzung des beschlossenen Ganztagsanspruchs (1. bis 4. Klasse) oder sogar die (vorübergehende) Aussetzung von Rechtsansprüchen, insbesondere, wenn Fachkräfte fehlen. Darüber hinaus sei ein stärkeres Engagement bei der Gewinnung von Fachkräften für die Betreuung an Kindergärten und Schulen (Fachkräftestrategie) vonnöten. Was das vorliegende landesrechtliche Förderprogramm für den Bereich der Kindertagesbetreuung (bis Ende Grundschulalter) anbelangt, seien auskömmliche Fördersummen sowie die weitere Unterstützung bei den Betriebskosten von besonderer Bedeutung für die Kommunen.

Flächendeckende Grundversorgung

Für eine zukunftsfähige flächendeckende Grundversorgung bedarf es laut KPV leistungsfähiger Krankenhäuser, die nicht nur für die Notversorgung aufkommen, sowie einer bedarfsgerechten ambulanten haus- und fachärztlichen Versorgung in Stadt und Land. Entsprechend seien eine bedarfsgerechte Investitionskostenförderung des Freistaats für die Krankenhäuser, eine kleinräumigere Ausgestaltung der Bedarfsplanung für niedergelassene Ärzte, die Stärkung der vorhandenen Strukturen in der gesundheitlichen Grundversorgung und Beratung sowie der nachhaltige Ausbau der Gesundheitsförderung in den Blick zu nehmen. Auch müsse durch ei-

Neuwahlen des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses

Mit 99 Prozent der Stimmen wurde der Landrat von Donau-Ries, Stefan Rößle, erneut zum KPV-Landesvorsitzenden bestimmt. Im Amt bestätigt wurden auch seine Stellvertreter Eva Weber (Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg), Christoph Göbel (Landrat des Landkreises München), und Carmen Pepiuk (Bürgermeisterin der Gemeinde Trabititz). Als Schriftführer fungieren weiterhin der CSU-Bezirkstagspräsident von Oberbayern, Josef Mederer, sowie der Landrat des Landkreises Fürth, Matthias Dießl. **DK**

ne Änderung des Vergütungssystems die Attraktivität des Notarztdienstes gesteigert werden.

Was die Versorgung und Betreuung älterer Menschen betrifft, so sind nach Rößles Angaben die Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe (z. B. Erleichterungen am Arbeitsplatz) und die deutliche Vereinfachung des Leistungsrechts sowie eine Einschränkung der Dokumentationspflichten in der Pflege auf das Unerlässliche ebenso angezeigt wie Beschleunigungen bei der Anerkennung ausländischer Pflegekräfte und eine stärkere Verknüpfung der Seniorenpolitik mit der Langzeitpflege.

„Wir machen Politik für die Menschen und nicht gegen sie“, unterstrich CSU-Generalsekretär Martin Huber im Anschluss. Der Satz „Weil ich dich gerade sehe...“ ist für uns CSU-Kommunalpolitiker keine Belastung, sondern ein Auftrag.“ Das Grundvertrauen vieler Bürger in Staat und Gesellschaft leide daran, dass sie sich in ihrer Lebenswirklichkeit nicht mehr wahr- und ernstgenommen fühlen, erläuterte Huber. Ein Gefühl der „grünen Bevormundung“ habe sich ausgebreitet. „Umso deutlicher ist es unser Auftrag, zu zeigen: Wir sind diejenigen, die bei den Menschen fest verankert und verwurzelt sind, die Lebenswirklichkeit aufgreifen und daraus auch Politik machen.“

Zukunftsfähigkeit für Verkehr und Energie

Beim Thema Infrastruktur und Mobilität fordern die Kommunalpolitiker eine moderne und zukunftsfähige sowie klimafreundliche Ausrichtung der bayerischen Verkehrsinfrastruktur und die flächendeckende Versorgung mit der nötigen Tank- und Ladeinfrastruktur. Überdies sei die Aufstockung der bayerischen ÖPNV-Mittel ebenso notwendig wie der langfristige Erhalt und die bedarfsgerechte Erhöhung der Fördermittel für den kommunalen Straßen- und Radwegebau.

„Klimaschutz bedeutet vor allem auch Energiewende. Der Erfolg der Energiewende steht und fällt mit der Akzeptanz vor Ort. Wir müssen auf energiepolitische Anreize statt auf Verbote von Heizungsformen setzen“, machte Stefan Rößle deutlich. Den aktuellen Umgang der Ampel-Regierung mit dem Heizungsgesetz bezeichnete er als „offenen Affront gegen unsere Bürger und eine Missachtung unserer demokratischen Prozesse“. Die Bundesregierung müsse die Sommerpause nutzen und das Gesetz anpassen.

Konkret bedürfe es des technologieoffenen Umbaus einer bezahlbaren und klimafreundlichen Energieinfrastruktur mit passgenauen Maßnahmen für Stadt und Land sowie eines gesteuerten Zubaus an regenerativen Energien, der sich synchron an einer bedarfsgerechten Netzinfrastruktur orientiert. Wichtig sei darüber hinaus der Abbau von Flächenkonkurrenzen zwischen Wirtschaft, Landwirtschaft und Kommunen hin zu einem gemeinsamen Kompensations- und Flächenmanagement.

Beim Stichwort Wohnungsbau plädierte der KPV-Landesvorsitzende u.a. für eine Verlängerung des kommunalen Wohnraumförderungsprogramms bis 2030, die Verstärkung der Wohnbaumilliarde für die soziale Wohnraumförderung, mehr Investitionen für den Wohnungsbau, Erleichterungen für Dachaufstockungen und den Ausbau von Dachgeschossen sowie für die Umnutzung von Büros in Wohnraum, ein modernes Heizen gemeinsam mit den Kommunen, Stadtwerken und Bürgern sowie konkrete Förder- und Unterstützungsmaßnahmen statt eigenumsgefährdender Verbote.

„Beim Thema Trinkwasser gilt unser Grundsatz ‚Kommunal vor Kommerz‘“, fuhr Rößle fort. Die KPV setze sich deshalb für einen umfangreicheren Wasserschutz ein und lehne eine Privatisierung des Trinkwassers ab.

Befürwortet wird die Einführung eines „Wassercent“, wogegen ein Länderwasserausgleich zu Lasten Bayerns, wie ihn der Bund in seiner neuen Nationalen Wasserstrategie vorsieht, abgelehnt wird.

„Wir machen Politik für die Menschen und nicht gegen sie“, unterstrich CSU-Generalsekretär Martin Huber im Anschluss. Der Satz „Weil ich dich gerade sehe...“ ist für uns CSU-Kommunalpolitiker keine Belastung, sondern ein Auftrag.“ Das Grundvertrauen vieler Bürger in Staat und Gesellschaft leide daran, dass sie sich in ihrer Lebenswirklichkeit nicht mehr wahr- und ernstgenommen fühlen, erläuterte Huber. Ein Gefühl der „grünen Bevormundung“ habe sich ausgebreitet. „Umso deutlicher ist es unser Auftrag, zu zeigen: Wir sind diejenigen, die bei den Menschen fest verankert und verwurzelt sind, die Lebenswirklichkeit aufgreifen und daraus auch Politik machen.“

Programme in Einklang mit den Bürgern

Bezugnehmend auf das „Regierungsprogramm der Christlich-Sozialen Union 2023-2028“ verwies Huber darauf, dass etwa der Klimaschutz nur im Einklang mit den Bürgern und nicht über Verbote gelingt. Bereits 2019 habe die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD ein Gebäudeenergiegesetz beschlossen, das im Gegensatz zur Novellierung der aktuellen Ampelregierung mit genügend zeitlichem Vorlauf, einer sozial gerechten umfassenden Förderung und technologieoffen ausgestattet gewesen sei.

In punkto Wohnungspolitik führte der „CSU-General“ aus: „Menschen haben Angst davor, eine Immobilie zu erben und trauen sich nicht mehr, ein Haus zu kaufen oder zu sanieren, weil sie sich das Eigentum durch die Steuerlast nicht mehr leisten können.“ Die Erbschaftsteuer der Ampel führe zu einem Ausverkauf der Heimat und sei zum Nachteil Bayerns. Beim Erwerb von Wohneigentum sei die Grunderwerbsteuer ein beachtlicher Kostentreiber.

Die leistungsbereite Mitte der Gesellschaft entlasten

Weil „die leistungsbereite Mitte der Gesellschaft“ entlastet werden muss, ist laut Huber die Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer auf 38 Cent zu erhöhen und zu dynamisieren. Auch sollten Überstunden künftig steuerfrei entlohnt werden.

Gegen steigende Energiepreise will die CSU die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß von 0,1 Cent pro kWh für Privathaushalte bzw. 0,05 Cent pro kWh für Unternehmen senken. Auch trete sie für eine Senkung der Mehrwertsteuer auf alle Lebensmittel und Getränke ein. Dies sei eine echte Preisbremse für jedermann.

„Entgegen dem kollektivistischen Ansatz der Ampelparteien“ biete die CSU auch in der Familienpolitik Raum für unterschiedliche Lebensentwürfe und ermögliche Wahlfreiheit. Familien würden mit dem einzigartigen Bayerischen Familiengeld weiter unterstützt; zudem „wenden wir uns klar gegen Versuche, das

Ehegattensplitting abzuschaffen“.

Stadt und Land gleichermaßen unterstützen

Stadt und Land im Blick haben und gleichermaßen unterstützen, ist ein weiterer Kernpunkt christlich-sozialer Unionspolitik. Menschen müsse die Gelegenheit zu individueller Mobilität gegeben werden. Es gelte, bedarfsgerechte Systeme aufzubauen. Dazu werde aber gerade in ländlichen Regionen immer auch der Einsatz des Pkw erforderlich sein, stellte Huber klar.

Nicht nur ein Thema der Ballungsräume ist auch die Förderung von Forschung und Innovation. Am Ende der Legislatur soll in jedem Landkreis Bayerns ein Technologietransferzentrum stehen, in dem Forschungsergebnisse in die Unternehmen der Region fließen. So erreiche technologischer Fortschritt in Bayern die gesamte Wertschöpfungskette und stärke die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit aller Regionen des Landes.

„Mit Blick auf die Krankenhausreform wollen wir in den nächsten Jahren die Krankenhausinvestitionen auf 1 Mrd. Euro im Jahr steigern – über die Hälfte mehr als aktuell“, fuhr der Generalsekretär fort. Bei der

Mediziner Ausbildung plane man, im Endausbau fast 3.000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Überdies sollen Praxisgründungen im ländlichen Raum mit Förderprogrammen und der Landarztquote unterstützt werden.

„Dass es sich in Bayern insgesamt am besten lebt, ist kein Slogan, sondern entspricht der Wahrheit und lässt sich an etlichen Vergleichszahlen festmachen“, hob Huber hervor. Der Freistaat Bayern habe unter anderem die niedrigste Arbeitslosenquote, die höchste Erwerbstätigenquote, die niedrigste Kriminalitätsquote, die höchste Aufklärungsquote, habe Familiengeld und Landespflanzgesetz eingeführt und den Weg zur kostenfreien Meisterausbildung bereitet. „Alles Maßnahmen, die einzigartig sind und die wir selbstbewusst und kraftvoll vertreten müssen, denn sie sind nicht zufällig entstanden und nicht selbstverständlich“, bekräftigte der Generalsekretär.

Sein abschließender Appell: „Zeigen wir unsere bürgerlich-konservative, christlich-soziale Grundhaltung! Machen wir deutlich, dass wir zu den Grundsätzen stehen, mit denen auch unsere Eltern und Großeltern dieses Land stark gemacht und aufgebaut haben!“ **DK**

Energiewende mit Vernunft ...

(Fortsetzung von Seite 1)

um neue Impulse bei Entscheidungen in bayerischen Kommunen zu setzen“, stellte der Staatsminister bei der Ernennung der GZ als „Unterstützer im Team Energiewende“ fest. Das Medium schaffe bei den kommunalen Entscheidern ein Bewusstsein für den Klimaschutz und die Energiethematik. „Wir brauchen Personen auf staatlicher und kommunaler Ebene, Unternehmer, Bürger und Journalisten, die Klimaschutz und Energiewende voranbringen und mit ihren Erfahrungen aktiv Projekte umsetzen“, bekräftigte der stellvertretende Ministerpräsident.

Die zahlreichen Kommunalvertreter informierten sich in Gunzenhausen über neue Produkte, aktuelle Dienstleistungen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und gut funktionierende Beispiele. 22 Aussteller, 30 Partner sowie 28 Referentinnen und Referenten wohnten der bewährten Fachveranstaltung bei. Im Anschluss an die Veranstaltung bot sich die Gelegenheit, im Rahmen einer Exkursion Erkenntnisse über das „Pilotprojekt 4. Reinigungsstufe, Kläranlage Weißenburg“ und die Projektierung „Wärmenetze im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen am Beispiel des Heizhauses in Dornhausen“ zu gewinnen.

Die Partner

Forums-Kooperationspartner waren erneut Bayerischer Gemeindegtag, VKU Bayern und die Bayerischen Energieagenturen. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live.

„Den Kommunen kommt in der Energiepolitik eine tragende und deshalb höchst verantwortungsvolle Rolle zu“, stellte GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung fest. Einerseits hätten sie mit ihren Immobilien und Mobilität selbst einen hohen Energiebedarf, den sie nachhaltig, sicher und preiswert decken müssen, andererseits gestalteten sie die Rahmenbedingungen für ihre Mitbürger. Auch hier gälten die Prämissen Nachhaltigkeit, Sicherheit und Kostenkontrolle.

Karl-Heinz Fitz, Erster Bürgermeister der Stadt Gunzenhausen, verwies auf erfolgreiche, bereits realisierte Energieprojektierungen wie Photovoltaik im Innen- und Außenbereich. „Wir sind einen konsequenten

Weg gegangen, in dem wir unseren im Jahr 2009 bereits auf den Weg gebrachten Energieleitplan überarbeitet haben. Im vergangenen Jahr wurde dieser im Stadtrat neu beschlossen.“

Große Anstrengungen unternahm Gunzenhausen im Rahmen der Regionalplanung auch bei der Windkraft, wenn es darum geht, Vorbehalts- und Vorrangflächen gezielt auszuweisen, fuhr der Rathauschef fort. „Zudem stellen wir bei uns im ländlichen Raum fest, dass bereits sehr viele Kommunen in Wärmenetze eingestiegen sind.“

Der Bayerische Gemeindegtag hat ein Positionen- und Forde-rungspapier verabschiedet, das die Stellschrauben der Energiewende aus der Perspektive des ländlichen Raums beleuchtet. Wie Direktor Stefan Graf erläuterte, sind die ländlichen Räume bereit, einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten. Maßstab für den Umfang der Aufgabe sei nicht der örtliche Verbrauch, sondern die Energiebedarfe auch der umliegenden Städte sowie der Industrie- und Gewerbebetriebe. Um diese Zusage dauerhaft einhalten zu können, sei ein Dreiklang aus Selbstbestimmung, Teilhabe und Gerechtigkeit erforderlich.

Entsprechende Gestaltungsfreiheiten betreffen auch Auswahl und Einsatz der Energieformen. Den Schwerpunkt bilden die Solarenergie, denn Bayern sei ein Sonnenland. Dabei seien Hemmschwellen zu beseitigen wie etwa Energieprivilegierungen oder aufwändige Bauleitplanungen, auch müsse Orientierung zum Beispiel in Form staatlicher Ausbauziele, Gebietskulissen und Potenzialanalysen gewährleistet werden. Zudem seien Beteiligungsansprüche zu schaffen. Dazu zählten Pächterlöse für Standortkommunen.

Dokumentation in GZ 21

In Ausgabe 21/2023 der GZ, die am 9. November erscheint, wird eine Dokumentation der Veranstaltung veröffentlicht. Die bereits freigegebenen Vorträge stehen unter www.bayerisches-energieforum.de/praesentationen passwortgeschützt zum Download bereit. Für das Passwort senden Sie bitte eine Nachricht an veranstaltungen@gemeindezeitung.de. **DK**

Katastrophenschutz ...

(Fortsetzung von Seite 1)

tergabe dieser Lageinformationen Vorbereitungen für eine ggf. erforderliche frühzeitige Reaktion und die Einleitung von Maßnahmen zur Bewältigung der konkreten Lage. Das BayMLZ ist ständiger Ansprechpartner für das Lagezentrum Bayern und Single Point of Contact (SPOC) für nationale Warn- und Meldeverfahren und somit Kontaktstelle für nachgeordnete Behörden, die Hilfsorganisationen, das THW und die Bundeswehr sowie das Gemeinsame Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ).

Bevölkerung sensibilisieren

Das Konzept sieht außerdem intensivere Maßnahmen vor, um die Bevölkerung besser aufzuklären und zu sensibilisieren. Die umfangreichen staatlichen Beschaffungen im Katastrophenschutz sollen künftig noch zielgerichteter erfolgen, indem regionale Gefahren berücksichtigt werden. Katastrophenschutzlager in jedem Regierungsbezirk dienen künftig dazu, dass Einsatzmittel überregional vorgehalten werden können.

Darüber hinaus werden Personalfragen aufgegriffen: Die Strukturen im Katastrophenschutz sind weit überwiegend ehrenamtlich geprägt. „Wir wollen das sicherheitsrelevante Ehrenamt weiter stärken“, erklärte Herrmann. „Einsatzkräfte für den Katastrophenschutz zu gewinnen und langfristig zu binden, ist für eine zuverlässige Lagebewältigung im Ernstfall entscheidend.“ Gezielte Fördermaßnahmen etwa im Bereich der Nachwuchswerbung im Feuerwehrbereich sowie zugunsten des von der ARGE Bevölkerungsschutz von freiwilligen Hilfsorganisationen, MHW und THW getragenen Helfernetzes Bayern werden fortgesetzt

und nach Möglichkeit ausgebaut. Die Auszeichnung ehrenamtlicher Betrieb bietet eine Grundlage für die öffentlichkeitswirksame Anerkennung sowohl des Ehrenamts als auch von Unternehmen, die eine ehrenamtliche Tätigkeit fördern.

Wichtig ist etwa auch der Einsatz von Spontanhelfern, für die es möglichst einheitliche Lösungen und Vorbereitung braucht. Zur strukturierten Einbindung soll eine Online-Plattform eingerichtet werden.

Das Bayerische Rote Kreuz (BRK), der Landesfeuerwehrverband sowie die Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren in Bayern begrüßten die Pläne des Innenministeriums. Die Präsidentin des BRK, Angelika Schorer, hob vor allem die Bedeutung des neuen Melde- und Lagezentrums zur Vernetzung aller wichtigen Akteure hervor. Der Plan stelle einen wegweisenden und effektiven Fahrplan für einen noch schlagfertigeren Katastrophenschutz dar.

Appell an die Bundesregierung

Minister Herrmann appellierte an die Bundesregierung, die angekündigte Stärkung des Bevölkerungsschutzes umzusetzen. „Nach der verheerenden Flutkatastrophe im Ahrtal und dem Angriffskriegs Russlands waren sich alle einig: Wir müssen mehr für den Katastrophenschutz tun. Gleichwohl kürzt der Bund nun das zweite Mal in Folge beim Bevölkerungsschutz. Dies ist klarer Wortbruch. Auch die veranschlagten Mittel für eine weitere Förderung des Sirenenausbaus sind unzureichend. Wir brauchen ein auskömmliches Bund-Länder-Programm“, so Herrmann.

Weitere Informationen: <http://www.stmi.bayern.de> **DK**

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm:

Landesmittel auf hohem Niveau

Mit rund 93 Mio. Euro bleibt das Landesprogramm der Städtebauförderung ein verlässlicher Partner der bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden. Insgesamt unterstützt der Freistaat Bayern heuer 323 Kommunen. Laut Bauminister Christian Bernreiter fließen 81 Prozent der Mittel in den ländlichen Raum. „Wir unterstützen die Gemeinden, ihre Stadt- und Ortskerne zu erhalten und zu stärken, Gebäudeerstände zu beseitigen und neuen Nutzungen zuzuführen.“

Mit rund 12 Mio. Euro werden in diesem Jahr 23 Städte, Märkte und Gemeinden in Unterfranken aus dem Bayerischen Städtebauförderungsprogramm gefördert. So wird etwa die Stadt Bad Königshofen i. Grabfeld bei der energetischen Sanierung ihres historischen Rathauses ebenso unterstützt wie die Gemeinde Laufach bei der Sanierung des ältesten Anwesens im Ort zum „Vereinten Haus“ als neuem gesellschaftlichen Mittelpunkt. Im Rahmen der Bayerischen Initiative „Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen“ erhalten die Stadt Iphofen beim „Umbau Alte Schule“ im Ortsteil Helmitzheim, die Stadt Hofheim i. Ufr. bei der „Sanierung des ehemaligen Sozialhauses“ im Ortsteil Lendershausen und die Gemeinde Stockheim bei der Sanierung des „Alten Pfarrhauses“ Finanzmittel. In den leerstehenden Gebäuden soll Wohnraum für anerkannte Asylbewerber und Menschen, die vor dem russischen Krieg in der Ukraine geflohen sind, geschaffen werden.

Schwaben

In Schwaben (rd. 10 Mio. Euro für 49 Kommunen) beginnt der Markt Erkheim auf Grundlage eines Wettbewerbs mit der Neugestaltung der Marktstraße. Mit Hilfe der Städtebauförderung wird

das Zentrum gestalterisch aufgewertet und die Aufenthaltsqualität des Ortskerns für die Bürger erheblich verbessert. Die Stadt Günzburg saniert und erweitert das ortsbildprägende Baudenkmal „Jahnalle“ aus dem Jahr 1929. Im Rahmen der Sanierung wird auch die Barrierefreiheit hergestellt und so die Teilhabe aller ermöglicht.

Mittelfranken

In Mittelfranken (rd. 14 Mio. Euro für 43 Kommunen) profitiert beispielsweise die Gemeinde Aurachtal bei der Neugestaltung eines zentralen Ortsplatzes sowie der Sanierung des „Gugel-Hauses“ an der Königstraße und dessen Umbau zu einem ortsbildprägenden Baudenkmal. Die Stadt Greding setzt mit Hilfe der Städtebauförderung im zentralen Bereich am historischen Marktplatz das Konzept zur Barrierefreiheit im Stadtkern weiter um. Zudem beabsichtigt die Stadt, Flächenpotenziale an der zentral gelegenen Georg-Jobst-Gasse für eine Innenentwicklungsmaßnahme zu nutzen. Dafür sollen vorbereitende Planungen erarbeitet werden.

35 Kommunen werden in Oberfranken mit über 17 Mio. Euro unterstützt. In Hollfeld ist das denkmalgeschützte, jahrelang leerstehende Spitalgebäude ein Schlüs-

selprojekt für die Stadt. Mit der Umsetzung des Wettbewerbsergebnisses aus dem Jahr 2019 wird ein zentraler Ort für die Bürger mit kulturellen Veranstaltungen, Informationen, Weiterbildung und sozialen Kontakten entstehen. Der leerstehende Gutshof Kutzenberg in Ebensfeld wurde vom Bezirk Oberfranken dem „Fränkischen Theatersommer“ als Standort für Verwaltung, Depot und Spielstätte überlassen. Die Anlage soll zu einem Theaterzentrum werden und die umfangreiche Wanderbühnentätigkeit in Oberfranken für den Fränkischen Theatersommer langfristig sichern. Zudem soll der Standort zu einer kulturellen Bildungs- und Begegnungsstätte mit Seminarangeboten ausgebaut werden. Durch die Gemeinde Gesees wird das denkmalgeschützte Gebäude Weinbergstraße 3 saniert und als Gemeindehaus umgenutzt. Hier soll neben Flächen für Vereine und Veranstaltungen auch ein Ort für ein generationenübergreifendes und soziales Miteinander entstehen. Zusätzlich dazu werden Außenanlagen mit hoher Aufenthaltsqualität für alle Altersgruppen gebaut.

Oberpfalz

Mit rund 16 Mio. Euro werden in der Oberpfalz 65 Städte, Märkte und Gemeinden gefördert. Die Gemeinde Kulmain kann die Neugestaltung einer innerörtlichen Brachfläche zu einem zentralen Dorfplatz umsetzen. Für die Freimachung eines leerstehenden Anwesens im Ortskern erhält der Markt Falkenstein heuer Fördermittel. Auf der Fläche sol-

len öffentliche Parkplätze in unmittelbarer Nähe des Rathauses hergestellt werden. In der Stadt Waldershof soll das leerstehende Backsteingebäude einer ehemaligen Textilfabrik saniert und umgebaut werden. Künftig wird das Gebäude im Stadtzentrum einen attraktiven Bürgertreffpunkt beherbergen. Die Volkshochschule sowie örtliche Vereine und Gruppen sollen dort Räume erhalten.

Niederbayern

In Niederbayern (27 Kommunen, rd. zehn Mio. Euro) kann in der Gemeinde Gotteszell in diesem Jahr nach mehreren Jahren Leerstand ein denkmalgeschütztes, ehemaliges Klostergebäude reaktiviert werden. Das sogenannte Torhaus soll zu einem Bürgerhaus umgebaut werden. Die neu gestalteten Räume werden künftig den Bürgern und lokalen Vereinen als sozialer Treffpunkt, für Ausstellungen und vielfältige Veranstaltungen zur Verfügung stehen. In der Gemeinde Neuschönau kann die Neugestaltung der Ortsmitte unterstützt werden. Die Planung sieht eine deutliche Verbesserung der Barrierefreiheit und Aufenthaltsqualität vor. Im Zusammenspiel mit den bisherigen Maßnahmen im Ortszentrum soll ein Ort entstehen, der zum Verweilen, aber auch für Veranstaltungen dient.

In Oberbayern (81 Kommunen, rd. 14 Mio. Euro) beabsichtigt die Gemeinde Eitensheim, die Sanierung und Umnutzung des historischen und ortsbildprägenden ehemaligen Rosstalls im Carlsdorf durchzuführen. Hier ist ein Ort der Begegnung für die Gemeindebürger geplant. Der von zahlreichen Höhenunterschieden geprägte Markt Altmanstein untersucht die Sanierung und Auf-

Regionaler Holzbaupreis für 14 Projekte

Im „Nawareum“, dem neuen Mitmach-Museum für Nachhaltigkeit, fand die diesjährige Vergabe des „Regionalen Holzbaupreises der Staatsregierung“ statt. Bayerns Bauminister Christian Bernreiter überreichte in Straubing die Auszeichnung für 13 bayernweite Projekte, während Kommunalminister Joachim Herrmann einen Preisträger in Bad Kissingen ehrte. Die Sieger wurden mit Unterstützung der Bayerischen Architektenkammer in regionalen Jurys aus insgesamt 146 Bewerbungen ausgewählt.

Ausgezeichnet wurden in Oberbayern die Gemeinde Pöcking für das „beccult“ Haus der Vereine und die Gemeinde Odelzhausen für die Grund-, Mittel- und Realschule, in Niederbayern der Markt Huthurm für den Neubau einer Sporthalle und der Schulverband Grundschule Fürstentzell für den Ersatzneubau der Mittagsbetreuung.

In der Oberpfalz erhielten die Stadt Regensburg für eine Kindertagesstätte und die Stadt Waldsassen für die Aula „Diepoldaum“ an der Markgraf-Diepold-Grund-

wertung von Mauern und Wegen im Bereich des Unteren Walisbergs. Diese Machbarkeitsstudie ist Grundlage für die bauliche Umsetzung, mit der sich die Marktgemeinde auch den in der Hanglage bedingten Herausforderungen durch klimatische Veränderungen stellt. In der großen Kreisstadt Erding läuft die Vorbereitungsphase der Militärkonversion des Fliegerhorstareals auf Hochtouren. Die vorhandenen Entwicklungskonzepte werden mit dem Fokus auf Klimaanpassung und zukunftsweisende Mobilität aktualisiert und erweitert. Geplant ist außerdem ein studentischer Wettbewerb für Freiflächen, der den städtebaulichen Rahmenplan ergänzt. **DK**

schule den Regionalen Holzbaupreis.

In Oberfranken bekamen die Stadt Lichtenberg den Preis für die Naturkita und die Gemeinde Gundelsheim für die neue Bücherei überreicht, in Mittelfranken der Evangelische Diakonieverein Mönchsroth e.V. für die Erweiterung einer Kindertagesstätte und die Stadt Herzogenaurach für die Kindertagesstätte Johann Comenius. In Unterfranken wurden der Landkreis Bad Kissingen für das Berghaus Rhön in Riedenberg und die Stadt Miltenberg für die Kindertagesstätte im Klostergarten sowie in Schwaben der Landkreis Augsburg für den Neubau eines Selbstversorgerhauses auf dem Zeltplatz Rücklenmühle in Zusmarshausen-Gabelbach und die Stadt Neusäß für das Haus der Kinder ausgezeichnet.

Vielfältig und klimaschonend

All diese Projekte machen Bernreiter zufolge deutlich, „wie vielfältig, ästhetisch und zugleich klimaschonend mit Holz gebaut werden kann“. Ihm war dabei auch wichtig zu betonen, dass der Regionale Holzbaupreis andere Baustoffe nicht abwerten soll: „Jedes Projekt hat seinen passenden Baustoff, der bedarfsgerecht zum Einsatz kommt.“ **DK**

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

Beim Glasfaserausbau ist Bayern unsere #1

- Kein anderes Bundesland profitiert so stark vom Glasfaserausbau der Telekom wie Bayern
- Über 1 Mio. Glasfaseranschlüsse sind bereits in Bayern realisiert
- Ausbau einer weiteren Million Haushalte bis Ende 2025

Jetzt #dabei
sein und mit
Glasfaser
verbinden



www.telekom.de/glasfaser

T Erleben,
was verbindet.

Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Theaters der Stadt Schweinfurt:

3,5 Millionen Euro als erste Teilbeihilfe bewilligt

Die Regierung von Unterfranken hat der Stadt Schweinfurt mit Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs für die Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Stadttheaters Schweinfurt als 1. Rate einen Zuschuss in Höhe von 3,5 Millionen Euro für das Jahr 2023 bewilligt. Die Gesamthöhe der Zuwendungen wird voraussichtlich bis zu 36,5 Millionen als Förderhöchstbetrag betragen. Bei zuwendungsfähigen Kosten von rund 48,7 Millionen Euro entspricht dies dem zugesagten Fördersatz von 75 Prozent. Die veranschlagten Gesamtkosten der Maßnahme betragen rund 52,9 Millionen Euro.

Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmman überreichte an Oberbürgermeister Sebastian Remelé den Bewilligungsbescheid. „Ich freue mich mit der Stadt Schweinfurt, dass mit dem heutigen Förderbescheid ein weiterer „Meilenstein“ gesetzt werden konnte. Mit einer investiven Förderung von 75 Pro-

zent leistet der Freistaat Bayern einen erheblichen Beitrag dafür, dass Schweinfurt auch als „Kulturstadt“ weit über seine Stadtgebietsgrenzen hinaus ausstrahlt“, so der Regierungspräsident.

„Wir freuen uns über diese außergewöhnlich hohe Förderquote des Freistaates, die uns über-

haupt erst ermöglicht, diese Generalsanierung und Erweiterung des Stadttheaters umzusetzen. Diese Förderung ist ein wichtiger Beitrag zur Zukunftssicherung der Kulturstadt Schweinfurt“, stellt Oberbürgermeister Sebastian Remelé heraus: „Nur so können wir die zentralen Anforderungen an einen wirtschaftlichen, sicheren und zukunftsfähigen Spielbetrieb erfüllen.“

Gebäudeoptimierung

Das Theater der Stadt Schweinfurt wurde in den Jahren 1961-1966 nach den Entwürfen der Architekten Erich Schelling und Trude Schelling-Karrer errichtet.

Im Stadttheater Schweinfurt finden Aufführungen in den Bereichen Schauspiel, Musiktheater, Orchester und Tanztheater statt. Das Theater wird als Gastspielhaus betrieben. Der Schwerpunkt der geplanten Baumaßnahmen liegt in der Sanierung und Reparatur des bestehenden Gebäudes unter Berücksichtigung zurzeit geltender Normen und Richtlinien. Es ist vorgesehen, das Gebäude entsprechend seiner Nutzung und der betrieblichen Abläufe zu optimieren. Unter Rücksichtnahme auf die vorhandene Gebäudestruktur sollen die Grundrisse angepasst und die Raumaufteilungen neu organisiert werden.

Unterirdischer Erweiterungsbau

Die Untersuchungen des Gebäudes haben ergeben, dass für ein Stadttheater als Gastspielhaus in dieser Größenordnung erhebliche Defizite in den zur Verfügung stehenden Raumflächen bestehen. Die Planung sieht deshalb vor, die fehlenden Räume in einem unterirdisch angeordneten Neubau zu realisieren. Die Entscheidung die fehlenden Räume in einem unterirdischen Erweiterungsbau umzusetzen, basiert im Wesentlichen darauf, dass ein Anbau über dem Geländeniveau das stadtprägende Erscheinungsbild des bestehenden Gebäudes von Erich Schelling in erheblichem Maße beeinträchtigen würde. Die Ästhetik und Eleganz des denkmalgeschützten Gebäudes sowie ein respektvoller Umgang mit dem Baudenkmal schließt daher einen Anbau oberhalb des Geländes aus.



Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmman übergab an Oberbürgermeister Sebastian Remelé den Förderbescheid zur Generalsanierung, zum Umbau und zur Erweiterung des Stadttheaters Schweinfurt. V.l.: Andrea Brandl, Kulturamtsleiterin Stadt Schweinfurt, Oberbürgermeister Sebastian Remelé, Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmman, Dr. Christof Wahlefeld, Leiter des Theaters der Stadt Schweinfurt und Ralf Brettin, Baureferent Stadt Schweinfurt.

Bild: Kristina Dietz, Stadt Schweinfurt

Ein warmes Gebäude mit viel sichtbarem Holz

Richtfest für den Erweiterungsbau der Grundschule Garching West und der Max-Mannheimer-Mittelschule

Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung und Bildung zu schaffen gehört zu den wichtigen Zukunftsaufgaben der Stadt Garching. Die Grundschule Garching West und die Max-Mannheimer-Mittelschule benötigen schon länger weitere Unterrichtsräume sowie Räume für die nachschulische Betreuung. Der Erweiterungsbau, für den Richtfest gefeiert wurde, trägt dem nun Rechnung; das Garching Bildung- und Betreuungsnetz wird mit den entstehenden Räumen weiter ausgebaut.

Auf zwei Geschossen entstehen 910 Quadratmeter barrierefreie Nutzfläche, die zum einen für die auf 80 bis 100 Kinder erweiterte Mittagsbetreuung der Grundschule, zum anderen für neue Werkräume für beide Schulen zur Verfügung stehen. Im Bestandsgebäude wird damit Platz frei für den Hort und für Klassen-

zimmer. Die Fertigung als Holzmodulbau und die hohe Vorfertigung im Werk machen eine kurze Bauzeit sowie Termin- und Kostensicherheit möglich. Im März dieses Jahres begannen die Bauarbeiten, voraussichtliche Fertigstellung ist im Februar 2024 bei Kosten von rund 8 Millionen Euro.

Garchings Erster Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann wünschte dem Projekt in seiner Ansprache einen weiteren zügigen und vor allem unfallfreien Bauverlauf. Er dankte außerdem allen – insbesondere den Bauarbeitern und Handwerkern sowie der städtischen Bauabteilung – für ihren Einsatz.

Die Rektorin der Grundschule Garching West Susanne Norkauer und Sabine Ott von der Nachbarschaftshilfe Garching, die die Mittagsbetreuung übernimmt, waren sich einig: „Hier wird eine Umgebung geschaffen, in der sich alle – allen voran natürlich unsere Kinder – optimal entfalten und entwickeln können. Dabei ist das verwendete Holz hier genauso individuell wie unsere Kinder, die dieses Haus mit Leben füllen werden!“

Ein Vorzeigeprojekt

Jürgen Dennerle von LMJD Architekten ergänzte: „Wir bauen den Kindern ein warmes, gutes Gebäude mit viel sichtbarem, natürlichem Holz.“ Friedrich Nagel von SÄBU Holzbau war von dem Projekt zudem aus Nachhaltigkeitsaspekten begeistert: „Mit der Holzbauweise hat die Stadt Garching ein sehr klimaschonendes Bauen gewählt. Ein Vorzeigeprojekt in Sachen Nachhaltigkeit!“ Das Gebäude erfülle sogar den EnergiePlus-Standard, so Nagel weiter.

„Der Herrgott möge seinen Segen allzeit dieser Schule geben und schenken allen Kindern drin stets einen guten, frohen Sinn!“ So lautete in Auszügen der Richtspruch, der traditionell vom Dach des Hauses aus vorgetragen wurde. Gruchmann ergänzte ihn mit einem japanischen Sprichwort: Das Glück tritt gern in ein Haus ein, in dem gute Laune herrscht. „Für die gute Laune werden die Kinder in diesem Haus ganz bestimmt sorgen. Dann steht dem Glück nichts mehr im Wege!“

ten, wurden laut Sozialreferat 867 Quadratmeter gewonnen. Insgesamt konnten 44,5 Zimmer überwiegend für Familien mit Kindern zur Verfügung gestellt werden.

Digitale Plattform im Visier

Im nächsten Schritt soll die Wohnungsbörse über eine digitale Plattform laufen. Das Sozialreferat geht davon aus, dass die Zahl der Teilnehmer und damit auch der Tausch-Erfolge sich dadurch signifikant weiter steigern wird.



Dr. Dietmar Gruchmann, Susanne Norkauer, Sabine Ott, Friedrich Nagel, Jürgen Dennerle (v.l.).

Bild: Felix Benjamin Brümmer

Test der Tauschbörse bei GWG und Gewofag erfolgreich:

66 Haushalte haben besser geeignete Wohnungen gefunden

Nachwuchs, Trennung oder die bevorstehende Rente: Wenn sich die Lebensumstände ändern, ändert sich auch der Anspruch an die eigene Wohnung. Mangels Alternative leben dennoch viele Menschen in zu großen oder zu kleinen Wohnungen. Ein Pilotprojekt bei GWG und Gewofag in München hat sich mit der Lösung dieses Problems beschäftigt: eine Wohnungstauschbörse. Jetzt werden im Sozialausschuss erste erfreuliche Ergebnisse vorgestellt. Die Tauschbörse soll weiterentwickelt und digitalisiert werden. Damit wird eine langjährige CSU-Forderung umgesetzt.

Von Dezember 2020 bis zum Jahresende 2022 hatten die 37.300 Mieterinnen und Mieter freifinanzierter Wohnungen der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften die Möglichkeit, an der Wohnungsbörse teilzunehmen. Neben ca. 3.500 telefonischen und schriftlichen Anfragen wurde die Internetseite des Programms mit durchschnittlich 2000 Zugriffen pro Monat über 50.000 Mal aufgerufen. Die Wohnungsbörse wurde zunächst manuell – also ohne digitale Plattform – getestet.

In 33 Fällen kam ein Wohnungstausch zustande. So zogen 66 Haushalte mit insgesamt 104

Personen in eine besser geeignete Wohnung um. So zog zum Beispiel eine Familie mit vier Personen in eine 105 Quadratmeter große Wohnung um, die zuvor nur mit einer Person belegt war. In anderen Fällen wurde die Lebensqualität deutlich verbessert – zum Beispiel, weil mobilitätseingeschränkte Personen in eine Wohnung mit Fahrrad umziehen konnten.

Fast 900 qm Raumgewinn

Zählt man den Raumgewinn aller Haushalte zusammen, die nach dem Wohnungstausch in eine größere Wohnung umziehen konn-



V.l.: Bettina Fritzier (LAG-Managerin, LAG Region Bamberg e.V.), Ekkehard Eisenhut (LEADER-Koordinator, Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürth-Uffenheim), Johann Kalb (Landrat Landkreis Bamberg und 1. Vorsitzender der LAG Region Bamberg), Michael Schönhofner (künftiger Nachfolger Roland Hack), Jochen Hack (1. Bürgermeister Gemeinde Pettstadt), Roland Hack (Geschäftsleiter Gemeinde Pettstadt), Kathrin Salm (LAG-Managerin, LAG Region Bamberg e.V.), Michael Reichert (2. Bürgermeister Gemeinde Pettstadt), Julia Fangauer (Projektmanagerin Gemeinde Pettstadt/cima), Michael Hofmann (LEADER-Koordinator, Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bayreuth-Münchberg) und Elke Döhler (Landschaftsarchitektin, Büro ammermann-döhler).

Bild: Landratsamt Bamberg/Bartl

Pettstadter Fähre:

230.000 Euro LEADER-Förderung für Neugestaltung des Umfelds

Zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen zur Gestaltung des Fährumfelds hat die Gemeinde Pettstadt erfolgreich einen Förderantrag im EU-Förderprogramm LEADER gestellt und eine Förderung in Höhe von 236.337 Euro bewilligt bekommen. Die Fährwiesen, wie der Uferbereich der Regnitz bei Pettstadt genannt wird, sollen terrassiert und mit neuen Wegeverbindungen versehen werden. Zudem entsteht eine Fährterrasse aus Cortan Stahl, die zukünftig als Aussichtsplattform über die Regnitz dient und in Ihrer Optik der Bahnbrücke nachempfunden wird.

Für Fahrradfahrer entsteht eine E-Bike-Ladestation, eine Reparaturstation sowie neue Fahrradabstellmöglichkeiten. Auch die Parksituation wird neu geordnet und das Fährumfeld mit Sitzmöglichkeiten ausgestattet. Die Baumaßnahme soll bis Ende 2024 umgesetzt werden. Durch die Neugestaltung des Fährumfelds soll die Aufenthaltsqualität für Gäste und Einwohner verbessert werden. Bereits im vergangenen Jahr hat die Lokale Aktionsgruppe Region Bamberg e.V. mit Landrat Johann Kalb als Vorsitzendem die Unterstützung des Projekts beschlos-

sen. Der Planungsprozess wurde durch eine intensive Beteiligung der Pettstadter Bürger sowie der städtebaulichen Lenkungsgruppe der Gemeinde begleitet.

Sanften Tourismus im Blick

„Besonders wichtig in der Planung ist uns der Schutz der sensiblen Uferbereiche und Erhalt der Artenvielfalt in und entlang der Regnitz. Der Pettstadter Gemeinderat und die Lenkungsgruppe haben sich für eine sanfte und naturnahe touristische Entwicklung des Fährumfelds ausgesprochen. Durch

die Fährterrassen und Sitzmöglichkeiten bieten wir unseren Bürgern und Gästen die Möglichkeit, unsere Landschaft zu genießen ohne die Natur zu beeinträchtigen“, so Jochen Hack, Bürgermeister der Gemeinde Pettstadt. Neben den geförderten Maßnahmen plant das Wasserwirtschaftsamt Kronach die Sicherung des westlichen Ufers, das durch die Nutzung der Fähre in den vergangenen Jahren beeinträchtigt wurde. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf rund 560.000 Euro. Neben LEADER wird das Projekt von der Bayerischen Städtebauförderung und der Oberfrankenstiftung unterstützt. Die Pettstadter Fähre an der Regnitz ist die älteste Gierfähre Oberfrankens und blickt auf eine über 500-jährige Geschichte zurück. Bis heute verkehrt die Fähre von März bis Oktober täglich und ist ein beliebtes Ziel für Radfahrer und Wanderer im Landkreis Bamberg.

Verleihung der Denkmalschutzmedaille 2023:

Helden der Denkmalpflege

Der Markt Falkenberg sowie die Städte Karlstadt, Stadtprozelten und Wunsiedel sind in der Alten Münze in München von Kunstmaler Markus Blume und Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil, Leiter des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, mit der Denkmalschutzmedaille ausgezeichnet worden. Die Kommunen zählen zu den insgesamt 18 Preisträgern aus Bayern, die sich in herausragender Weise um den Erhalt von Denkmälern verdient gemacht haben. Die Ehrung fand exakt am 50. Jahrestag der Ausfertigung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes statt.

Für die Instandsetzung und Revitalisierung der Burganlage Falkenberg (Landkreis Tirschenreuth) wurde der Markt Falkenberg, vertreten durch Ersten Bürgermeister Matthias Grundler, geehrt. Bei der Burg handelt es sich um ein beeindruckendes Bau- und Geschichtsdenkmal mit einer wechselvollen Vergangenheit, das erstmals 1154 urkundlich erwähnt wurde. Im frühen 20. Jahrhundert waren nur noch Grundmauern und Ruinen übrig. 1936 wurde die Burg mit historischer Bausubstanz wieder aufgebaut und zu Wohnzwecken genutzt.

Revitalisierung der Burganlage Falkenberg

Im Jahr 2009 erwarb der Markt Falkenberg die Burg. In den Jahren 2013 bis 2015 wurde die Burg umfassend saniert und von einer privat genutzten Anlage zu einer multifunktionalen und öffentlich zugänglichen Einrichtung umgewandelt. Bei der Sanierung wurde darauf geachtet, das markante äußere Erscheinungsbild der Burg zu erhalten und gleichzeitig die historische Substanz behutsam in zeitgemäße Architektur zu überführen. Das Museum in der Burg thematisiert das Wirken von Graf von der Schulenburg und präsentiert auch die Orts- und Regionalgeschichte sowie die besonderen Naturgegebenheiten des Ortes. Die Burg Falkenberg ist ein einzigartiges Zeugnis der Geschichte im historischen Kontext. Die Instandsetzung war für den Markt Falkenberg eine Herausforderung, jedoch hat er in beeindruckender und mutiger Weise die Verantwortung für sein historisches Erbe übernommen. Durch die nachhaltige Nutzung wurde dieses außergewöhnliche Baudenkmal für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Für die Instandsetzung ihres Museums wurde die Stadt Karl-

stadt (Landkreis Main-Spessart), vertreten durch Ersten Bürgermeister Michael Hombach, geehrt. Bei diesem Baudenkmal handelte es sich um ein dreigeschossiges, ehemaliges Wohnhaus, das aus ursprünglich zwei Häusern besteht. Die Fassade beeindruckt mit geohrten Fensterrahmen, einem gotischen Spitzbogenportal sowie einem barocken Portal. Die komplexe mehrgeschossige Hofbebauung mit Satteldächern und verputzten Fachwerkbauwerken lässt die Jahrhunderte der Geschichte erahnen. Besonders bemerkenswert sind die zahlreichen baulichen Details wie ein Wappenstein aus dem Jahr 1448, der gotische Innenausbau und Malereien aus dem Jahr 1563.

Instandsetzung des Museums in Karlstadt

Nach dem Erwerb der Gebäude auf dem Grundstück Hauptstraße 9 durch die Stadt Karlstadt 2007 konnte der schon ursprünglich mit der Hauptstraße 11 zusammenhängende Gebäudekomplex dank der zwischen 2018 und 2022 durchgeführten Maßnahmen wieder zusammengeführt werden. Der Gesamtkomplex ermöglichte die Einrichtung des „Museums Karlstadt“, bestehend aus der bereits seit den 1980er Jahren existierenden Abteilung „Stadtgeschichte“ und der neu geschaffenen Kunstabteilung „ZeitBRÜCHE“. Die Möglichkeit, in der historischen Stadt Karlstadt einen Museumsbesuch in einem so geschichtsträchtigen Baudenkmal zu erleben und zu genießen, setzt ganz bewusst ein Zeichen und dient der Attraktivitätssteigerung der Altstadt an diesem bedeutenden Städteingang an der Hauptstraße. Die Instandsetzung des Baudenkmal mit vielen Details, einer hochwertigen Sanierungsmethodik, qualitätsvollen

Ausbauten und den öffentlich begehbaren Räumen des Museums ist zweifelsfrei ein Highlight moderner Denkmalpflege.

Die Stadt Stadtprozelten (Landkreis Miltenberg), vertreten durch Ersten Bürgermeister Rainer Kroth, wurde für die Sanierung des Alten Rathauses und die Errichtung eines barrierefreien Anbaus gewürdigt. Das Alte Rathaus von Stadtprozelten ist ein beeindruckendes Bauwerk, das mit seiner traufständigen zweigeschossigen Satteldachbauweise und dem vorkragenden verputzten Fachwerkbauwerk schon seit 1520 das Stadtbild prägt. Der seitliche polygonale Treppenturm mit verschieferem Obergeschoss und Glockenhau- sowie der verschieferter Fasadenerker machen das Gebäude zu einem echten Hingucker.

Rathausanierung in Stadtprozelten

Nach Jahren des Instandsetzungsstaus und einer „Kaputtanierung“ in den 1970er Jahren wurde das Rathaus vorbildlich nach allen Regeln des Denkmalschutzes saniert: Dabei standen sowohl die energetische Sanierung als auch eine historische Wiederherstellung im Vordergrund. Besonders bemerkenswert ist die gelungene Verbindung zwischen Altbau und Neubau. Das angrenzende Bestandsgebäude wurde aufgrund seiner Einsturzgefährdung abgerissen und durch einen funktionalen, barrierefreien Anbau ersetzt. Der bestehende Gewölbekeller wurde aufwändig saniert und dient nun sowohl als Sockel für das Obergeschoss als auch als atmosphärischer Ausstellungsraum.

Zudem bieten die repräsentativen Räume des Gebäudes nun Platz für eine Vielzahl von Veranstaltungen. Dies trägt nicht nur zur Attraktivität des Ortskerns bei, sondern reduziert auch den Flächenverbrauch, indem auf bisher nicht genutzten Flächen keine Neubauten errichtet werden müssen. Die Sanierung des Alten Rathauses ist ein herausragendes Beispiel für die Umsetzung nachhaltiger Handlungsansätze und zeigt, wie auch Bestandsgebäude fit für die Zukunft gemacht werden können. Das Alte Rathaus in Verbindung

mit dem gelungenen denkmalgerechten Anbau präsentiert sich nun als Juwel des Ortskerns von Stadtprozelten.

Die Stadt Wunsiedel, vertreten durch Ersten Bürgermeister Nicolas Lahovnik, erhielt die Denkmalschutzmedaille für die Sanierung von vorerst elf Felsenkellern in der Kellergasse am Katharinenberg. Die Sanierung der Felsenkeller, die einst als Bier- und Vorratskeller fungierten, wurde über ein EU-Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit des Freistaats Bayern mit der Tschechischen Republik geplant und ausgeführt. Die Kellergasse am Katharinenberg ist die größte Kellergasse in Bayern und mit der Plassenburg das größte von Menschenhand geschaffene Fledermauswinterquartier in Oberfranken. Bis in die 1990er Jahre wurden die Keller als Rüben- und Kartoffelkeller genutzt, im Zweiten Weltkrieg auch als Luftschutzbunker. Die gelungene Baumaßnahme wurde ausschließlich mit natürlichen bzw. mineralischen Baustoffen ausgeführt, ein paar eiserne Türbeschläge ausgenommen.

Felsenkellersanierung in Wunsiedel

Insbesondere die wiederhergestellten Ziegelgewölbe und Eingangsbereiche sind aus denkmalfachlicher Sicht hervorzuheben, da sich die Suche nach farblich und materialtechnisch passenden Klinkern als ausgesprochen herausfordernd gestaltete. An den Kellereingängen angebrachte QR-Codes laden interessierte nun zu virtuellen Kellerrundgängen ein, die teilweise auch barrierefrei erschlossen sind. Darüber hinaus wird mit dem Vorhaben ein grenzübergreifendes Fledermausprojekt im bayerisch-böhmischen Grenzgebiet gefördert.

Bei der Felsenkellersanierung handelt es sich um ein innovatives wie auch in höchstem Maße denkmalgerecht geplantes und durchgeführtes Vorhaben. Die Sanierung weiterer Keller steht aktuell in Planung. Auch sie wird wieder unter Beachtung beider Belange – die des Denkmal- und des Naturschutzes – ausgeführt.

„Für mich sind die Ausgezeichneten die Helden der Denkmalpflege“, unterstrich Blume. Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil lobte: „In unserer schnelllebigen, von Veränderung geprägten Zeit, sind Denkmäler Fixpunkte – Stabilitätsanker, die Orientierung geben. Umso wertvoller ist der Einsatz unserer Preisträgerinnen und Preisträger für ihren Erhalt. Sie tragen dazu bei, dass unsere Geschichte und Kultur lebendig bleiben.“ DK

Spatenstich in der Würzburger Lindleinsmühle

Platz macht Platz für zeitgemäßen Platz

„Manches Anforderungsprofil lässt einen auf den ersten Blick fast verzweifeln“, gestand Ralph Schäffner, Projektplaner der Landschaftsarchitekten arc.grün, beim feierlichen Spatenstich vor der Kirche St. Albert. Aus Verzweiflung wurde aber schnell eine Lösung mit vielen Verbesserungen. In der Lindleinsmühle wird in einem knappen Jahr Bauzeit nicht nur ein neuer Quartiersplatz mit neuen und alten Bäumen und somit schattiger Aufenthaltsqualität entstehen, unter der zentralen Fläche hat man ebenfalls große Pläne. Zwischen Frankenstraße und Schwabenstraße wird in einem aufwendigen Pilotprojekt erstmals aus der Theorie „Schwammstadt“ Praxis.

Künftig soll hier kein kostbarer Regentropfen mehr verschenkt werden. Nach einem Jahr mit fast nordafrikanischen Niederschlagswerten in Mainfranken, soll hier der Grundwasserspiegel durch Barrieren im Untergrund künstlich erhöht werden. Der Boden unter dem Kirchplatz kann nach der Baumaßnahme das Volumen von zwei Jahrhunderten aufnehmen. Das sind 30 Liter pro Quadratmeter in fünf Minuten. Regenmengen, die sonst in den Kanal schießen oder für Überschwemmungen sorgen und für Grünanlagen keinen nachhaltigen Effekt haben.

Neuer Mix in der Nachbarschaft

Oberbürgermeister Christian Schuchardt würdigte in seiner Rede, dass der Platz schon vor Jahrzehnten große Qualitäten hatte. In den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts existierte hier ein lebendiges Zentrum der kurzen Wege mit vielen Einzelhandelsangeboten. Nachdem sich das Einkaufsverhalten aber radikal verändert hat, brauchte es einen neuen Mix in der Nachbarschaft: „Erfreulich ist, dass durch die Erweiterung des Hotels Lindleinsmühle eine neue Nutzung für die leerstehende Supermarktfiliale gefunden worden ist und auch das Quartiersbüro trägt seit 2016 zur Belebung des Bereichs bei. Wir freuen uns zudem, dass die Sparkasse Mainfranken uns die Möglichkeit gibt, in der ehemaligen Filiale einen sozialen und kulturellen Aktionsraum einzurichten.“ Neben Kirche und Kindergarten „St. Albert“ gibt es also weitere „Frequenzbringer“, die wichtig sind, um den Platz wieder zu einem Ort der Begegnung zu machen.

Jung und Alt begegneten sich nun auch beim Spatenstich. Die Kindergartenkinder von St. Albert und die Seniorensportgruppe „Komm mit, bleib fit“ tanzten zusammen und signalisierten so Vorfreude auf die Umgestaltung. Dieses gemeinsame Tanzritual gibt es übrigens nicht

nur zu feierlichen Anlässen. Einmal wöchentlich treffen sich die Generationen zur Bewegung unter freiem Himmel und bei fröhlichen Klängen aus der Lautsprecherbox.

Baufereferent Benjamin Schneider warb in seiner Rede bei diesen Gruppen für Verständnis, dass es nun während der Bauphase auch lästigen Lärm und Dreck geben wird. Schneider bestätigte zudem die Wahrnehmung des Landschaftsarchitekten, dass hier in großer Komplexität geplant werden musste. Das Verfahren startete bereits im Herbst 2020 mit einer Planungsworkstatt mit umfangreicher Öffentlichkeitsbeteiligung. Das Büro arc.grün holte sich mit seinem Entwurf den 1. Preis.

Viele städtische Abteilungen und externe Firmen waren neben den federführenden Stadtplanern und Tiefbauern bereits tätig, oder werden im weiteren Verlauf noch eingebunden: Entwässerungsbetrieb, Gartenamt, Sozialreferat, Umwelt- und Klimareferat, oder eben auch Bodengutachter, die Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau in Veitshöchheim sowie Spezialisten für Kampfmitteluntersuchungen.

80-prozentige Förderung der Regierung von Unterfranken

Ein großer Abstimmungsbedarf und insgesamt eine große Projektdimension zeichnen die Platzumgestaltung aus, die laut Schneider erst durch den Sonderfonds „Innenstädte beleben“ realisierbar wurde. Bei Baukosten von rund 2,1 Millionen Euro, sind die 80 Prozent Förderung der Regierung von Unterfranken ein „großer Segen“. Des Weiteren freute man sich nach einer erfolglosen nationalen Ausschreibung, in der zweiten Runde in einem beschränktem Verfahren mit der Firma Würzburger Pflasterbau einen kompetenten Partner aus der Region verpflichtet zu können. Claus Köhler vom Quartiersbüro moderierte den Spatenstich, im März 2024 könnte bereits eine Einweihungsfeier folgen. □

Verband bayerischer Wohnungsunternehmen e.V. (VdW Bayern):

Kommunale Wohnungsunternehmen als Antwort auf den Wohnungsmangel

Der Bestand an geförderten Wohnungen in Deutschland schrumpft. Heute gibt es in der Bundesrepublik rund 1,1 Mio. Sozialwohnungen, im Jahr 2010 waren es noch 1,6 Mio. Den Rückgang der geförderten Wohnungen konnte Bayern als eines weniger Bundesländer in den vergangenen Jahren zumindest stark verlangsamen. Beim Verband bayerischer Wohnungsunternehmen gibt es in diesem Marktsegment sogar einen Aufschwung. Seit 2016 ist die Zahl der geförderten Wohnungen gestiegen. Aktuell verwalten die Verbandsmitglieder mit 108.551 Sozialwohnungen fast 80 Prozent aller geförderten Wohnungen im Freistaat.

Wegen der angespannten Lage auf den Wohnungsmärkten in Bayern werden verstärkt kommunale Wohnungsbaugesellschaften gegründet. Darauf verwies Verbandsdirektor Hans Maier beim Forum kommunale Wohnungsunternehmen des Verbandes Ende Juli.

Die 108 kommunalen Wohnungsunternehmen in Bayern sind die maßgeblichen Akteure, wenn es um den Bau öffentlich geförderter Wohnungen geht. Schließlich ist die Daseinsvorsorge ihr Satzungszweck. Im Jahr 2022 wurden von den Verbandsmitgliedern 3.506 neue Sozialwohnungen gebaut. Aus Sicht des Verbandes ist der Bau bezahl-

barer Mietwohnungen auch dringend nötig. „Bayern ist und bleibt ein Zuwanderungsland und nicht alle Menschen können sich die teuren Mieten in den Städten leisten“, sagt Maier. Der aktuelle Rückgang bei den Neubauzahlen sorgt für steigende Mieten. „Deshalb brauchen wir einen starken Schub für den Wohnungsbau auf allen Ebenen“, erklärt Maier.

Mehr Fördermittel für sozialen Wohnungsbau nötig

In Bayern steht dieses Jahr eine Summe von mehr als 1,0 Mrd. Euro für die Wohnraumbförderung zur Verfügung. „Der Freistaat hat mit verbesserten Dar-

lehen und erhöhten Zuschüssen auf die schwierigen Rahmenbedingungen reagiert“, lobt Maier. Doch für ein deutliches Wachstum brauche es mehr Fördermittel von Bund und auch vom Freistaat. In einigen Regierungsbezirken seien die Mittel bereits abgerufen worden.

Wohnraumangel führt zu Neugründungen

Verbandsdirektor Maier macht noch auf eine weitere Entwicklung aufmerksam. Städte gründen wieder verstärkt kommunale Wohnungsbaugesellschaften. In den letzten fünf Jahren wurden 17 kommunale Wohnungsunternehmen Mitglied beim Verband bayerischer Wohnungsunternehmen. Erst im Februar konnte der Verband mit der Stadtbau Marktoberdorf das 500. Mitgliedsunternehmen begrüßen. „Das belegt auch, dass bezahlbares Wohnen nicht nur ein Thema der Ballungszentren ist“, betont der Verbandsdirektor. □

Wussten Sie schon?

Wir bauen auch Ihren Kindergarten

IHR STARKER PARTNER RUND UM DIE KOMMUNALE IMMOBILIENENTWICKLUNG

www.bayerngrund.de

- ✓ Zeitnahe und wirtschaftliche Umsetzung Ihrer Projekte und Ideen
- ✓ Umfangreiche Entlastung der Verwaltung und Spielräume in Ihrem Haushalt
- ✓ Wir sind Ihr „Bauamt auf Zeit“ bei allen kommunalen Hoch- und Tiefbauprojekten
- ✓ Wir arbeiten für Sie selbstverständlich nach den Vergabe- und Fördermittelrichtlinien

1.800 bezahlbare Wohnungen in Bayern

Die H2i Asset Management GmbH treibt den öffentlich geförderten Wohnungsbau in Bayern weiter voran

Gemeinsam mit der Patrona entwickelt die H2i Asset Management GmbH über 1.800 Wohnungen in Bayern. An 45 Standorten entstehen Projekte mit jeweils 30 bis 85 Wohneinheiten und einer Mietfläche von insgesamt 145.000 qm. Standorte sind u.a. Sparneck, Schönwald, Rehau, Hof und Wunsiedel. Die Wohnungen werden ausschließlich für Personen vorgehalten, die sich den Einkommensstufen des bayerischen Wohnraumförderungsgesetzes zuordnen lassen.

Die 2019 gegründete H2i Asset Management GmbH verantwortet die Strukturierung, Kapitalisierung und Betreuung des institutionellen Mandats. Die Fertigstellung des dringend benötigten Wohnraums ist bis 2030 geplant. Die kurze Bauzeit wird durch eine geringe Unterkellerung und modulare Holz-Hybrid-Bauweise er-

möglicht. Der EOF-Wohn-Fonds erfüllt damit Ansprüche des sozialen und ökologisch nachhaltigen Taxonomie-Regelwerks.

„Wir freuen uns, dass wir zusammen mit Partnern wie der Patrona einen Beitrag zum bezahlbaren Wohnungsbau in Bayern leisten können“, sagt Tilman Hickl, geschäftsführender Gesellschafter der H2i Asset Management GmbH. „Aufgrund des steigenden Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum besteht großes Interesse seitens des Freistaates Bayern und der Kommunen, Investoren für den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu gewinnen.“

Förderung mit Modellcharakter

Das bayerische Wohnraumförderungsgesetz, das im Mai 2023 in seiner aktuellen Fassung in Kraft getreten ist, entwickelt damit Modellcharakter. „Man sollte

den Gesetzgeber auch loben dürfen für gute Konzepte. Das bayerische Wohnraumförderungsgesetz erfordert einiges an Strukturierungsarbeit, bietet aber zugleich eine überaus solide Voraussetzung zur Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigen Wohnraum. Ich würde mir wünschen, dass dieses Modell auch in anderen Bundesländern Anwendung findet“, so Hickl.

Für den Bau von geförderten Wohnungen hat der Freistaat in diesem Jahr mehr als eine Mrd. Euro eingeplant. Ca. 390 Mio. Euro davon steuert der Bund bei. Hickl bestätigt, dass sich aufgrund der Bedingungen der Bau-

Fördermittel von 75 Mio. Euro für KfW-Programm „Altersgerecht umbauen“

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) stellt der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für Maßnahmen zur Barrierereduzierung in Bestandsimmobilien über das KfW-Zuschussprogramm „Altersgerecht umbauen“ auch für das Jahr 2023 wieder 75 Millionen Euro zur Verfügung. Die Zuschüsse können ab sofort bei der KfW beantragt werden.

Bundesbauministerin Klara Geywitz: „Wie komme ich alleine aus der Badewanne? Wie überwinde ich mit meinem Rollator eine Schwelle innerhalb der Wohnung oder wie komme ich abends die Treppe zum Schlafzimmer hoch? Das sind Fragen, die sich ältere oder in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen irgendwann stellen. Damit man dann trotz körperlicher Einschränkungen möglichst lange in seinem gewohnten Umfeld wohnen bleiben kann, stellen wir 75 Millionen Euro bereit, zum Beispiel für den barrierefreien Umbau des Badezimmers oder die Verringerung von Hindernissen innerhalb der Wohnung.“

Im eigenen Zuhause bleiben zu können, ist laut Geywitz für viele Menschen ein Herzenswunsch. „Aber es ist nicht nur für die Betroffenen eine Erleichterung, es spart auch enorm viel Geld und entlastet die knappen Pflegekapazitäten. Jeder Euro im Programm „Altersgerecht umbauen“ ist also mehrfach gut investiertes Geld. Ich freue mich daher sehr darüber, dass es uns in Zeiten eines Sparhaushalts gelungen ist, dieses so wichtige Förderprogramm im kommenden Jahr im Etatansatz der Bundesregierung auf 150 Millionen Euro zu verdoppeln.“

Katharina Herrmann, Mitglied des Vorstands der KfW: „Die hohe Nachfrage nach der KfW-Zuschussförderung für die Barrierereduzierung im Produkt ‚Altersgerecht umbauen‘ zeigt die

trotz der hohen Baupreise lohne. Die Förderung könne bis zu 26 Prozent betragen. Außerdem können über die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (Bayern-Labo) zinsgünstige Darlehen bezogen werden.“

Über H2i

Die H2i Asset Management GmbH wurde 2019 mit einem Fokus auf den deutschen und nordamerikanischen Markt gegründet. Mit zwei Standorten in München und Hamburg ist H2i Brückenbauer zwischen institutionellen Investoren und Projektentwicklern. Das Unternehmen stellt Lösungen für den gesamten Lebenszyklus der Immobilie zur Verfügung: von Mezzanine-Konstruktionen und Joint Ventures in der Projektentwicklungsphase über Forward Sales oder Forward Fundings bis zur Bestandshaltung für Dritte. □



Tilman Hickl.

Bild: H2i Asset Management GmbH

BIV zum Rückgang der Bauinvestitionen:

Dieser Absturz ist auch hausgemacht!

Vor rund 100 Mitgliedsunternehmen und Gästen hat die Mitgliederversammlung des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden e. V. in Nürnberg stattgefunden. Eine Jahreshauptversammlung im Zeichen einer wirtschaftlichen Krisensituation, die die Bau- und Rohstoffbranche besonders hart trifft – und damit auch Wohlstand gefährdet.

In seiner Rede machte Präsident Georg Fetzter deutlich, dass das Maß an nicht mehr nachvollziehbaren politischen, aber auch ideologischen Entwicklungen voll ist. „Immer nur dagegen und nicht bereit zu sein, sich die Argumente der anderen Seite anzuhören, bremst Innovation aus und schadet der Wirtschaft“, so Fetzter.

Bauinvestitionen sinken rapide

Kostensteigerungen für Bauleistungen, Material und Finanzierung machen es vor allem dem privaten Häuslebauer fast unmöglich, sich den Traum vom Eigenheim auf absehbare Zeit zu erfüllen. Das sind Teuerungen infolge von weiter steigenden bürokratischen Auflagen. Insbesondere in den hinkommenden Berichtspflichten zu Nachhaltigkeitskriterien und Taxonomie steuern ihr Übriges dazu.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der kommenden zwei Jahre zeigen, dass der Baubereich seine Rolle als Motor des Wirtschaftswachstums einbüßt und den übrigen Bereichen hinterherläuft. Der leichten Erholung des Bruttoinlandsproduktes in diesem und im nächsten Jahr steht ein Rückgang der Bauinvestitionen gegenüber. „30 Prozent Einbruch bei Baugenehmigungen, 15 Prozent Stornierungen bei Bauverträgen – dieser Absturz ist auch hausgemacht“, so der Präsident weiter.

Vernachlässigung staatlicher Vorsorgemaßnahmen

Der Staat schöpft bei seinen konsumtiven Ausgaben weiterhin aus dem Vollen, als gäbe es kein Morgen. Das Morgen deutet sich aber an mit sinkenden

Steuereinnahmen, abwandernden Industrien und dem Verlust an innovativen Techniken und Entwicklungen. Trotz steigender Staatsausgaben in den letzten Jahren und Jahrzehnten sind wichtige staatliche Vorsorgemaßnahmen vernachlässigt worden, deren Unterfinanzierung bzw. Negierung uns jetzt auf die Füße fallen.

Sondervermögen für die Bundeswehr, Neubau von bezahlbarem Wohnraum, Ertüchtigung unserer maroden Infrastruktur, nicht nur der Bahn, sondern insbesondere auch der Straßen und Brücken. Schwerer oder Großraumtransporte müssen dadurch häufig enorme Umwege fahren. „Ganz abgesehen von den alltäglichen Staus, in denen unsere LKW und Mitarbeiter stehen müssen“, so Georg Fetzter.

Bürokratie, Verbote und Bedenken

Ein weiteres Beispiel für den Bürokratie- und Verbotswahnsinn sind Photovoltaikanlagen auf Baggerseen. Eine hervorragende Möglichkeit, ein künstlich geschaffenes Gewässer, das in der Regel aufgrund des Nassverfüllverbotes keiner anderweitigen Folgenutzung zugeführt werden kann, zur Erzeugung von grünem Strom einzusetzen und idealerweise den Betreiber ein gutes Stück autark zu machen.

Die Bedenken der Umweltschützer in Hinblick auf die Auswirkungen auf Flora und Fauna im Wasser müssen allerdings durch jahrelange Untersuchungen ausgeräumt werden. Das sind verlorene Jahre auf dem Weg zur Energiewende. Und so ist es bei fast jeder technischen Innovation, von denen wir so viele bräuchten auf dem Weg der Transformation. □

große Relevanz des Bundesprogramms vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Deutschland. Ich freue mich, dass durch die Bereitstellung der weiteren Mittel für den Barriereabbau noch mehr Menschen in Deutschland trotz körperlicher Einschränkung möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können.“

Das BMWSB und die KfW fördern mit Investitionszuschüssen bauliche Maßnahmen in Wohngebäuden, mit denen Barrieren im Wohnungsbestand reduziert werden. Seit 2009 wurden ca. 360.000 Wohneinheiten mithilfe der Förderung umgebaut. Zu den typischen Modernisierungsmaßnahmen zählen der Einbau einer bodengleichen Dusche, das Entfernen von Türschwelen oder der Einbau von Aufzügen.

Für einzelne Maßnahmen vergibt die KfW Zuschüsse in Höhe von 10 Prozent der förderfähigen Kosten (max. 2.500 Euro). Wer sein Haus zum Standard „Altersgerecht Haus“ umbaut, bekommt 12,5 Prozent der förderfähigen Kosten (max. 6.250 Euro) von der KfW erstattet. Private Bauherren und Mieter müssen ihren Förderantrag vor Beginn der Vorhaben im KfW-Zuschussportal online stellen.

Informationen zu den Fördermöglichkeiten sind auf der Internetseite www.kfw.de/455-b oder über das KfW-Infocenter unter der kostenfreien Telefonnummer 0800 / 539 9002 erhältlich. □

Innovationen der Bauindustrie

Die Bauindustrie ist bekannt dafür, ihre Produkte, Bauprozesse und Bauverfahren stetig weiterzuentwickeln. Insbesondere wenn Nebenangebote gewünscht werden, punkten innovative Bauunternehmer mit Lösungen, die vom Ende, also von der Ausführung her, gedacht werden. Dann nämlich wird Ausführungs-Know-how schon in frühen Planungsphasen in Bauprojekte integriert. Wenn Plänen und Bauen gemeinsam geschieht, entstehen neue Ideen und Technologien, die Bauprozesse optimieren und neue Produkte und Funktionen ermöglichen.

Ohne neue Lösungsansätze wären Gebäude mit mehreren hundert Metern Höhe heute technisch nicht möglich. Es braucht deshalb auch den Mut, Neuland zu betreten und Risiken einzugehen. Und es braucht eine faire Aufteilung dieser Risiken unter den Projektbeteiligten.

Der Bayerische Bauindustrieverband lobt in regelmäßigen Abständen einen Innovations-

VDV-Branchenumfrage Werkwohnungen:

Wohnungsangebote als Anreiz für neue Fachkräfte

Die VDV-Branchenumfrage „Werkwohnungen“ zeigt, dass die Verkehrsunternehmen neue Wege gehen. VDV-Personalausgangsvorsitzender und Vorsitzender der VDV-Akademie, Harald Kraus: „Wohnraum ist vor allem in Ballungsgebieten ein knappes Gut und stellt eine zusätzliche Hürde in der Personalgewinnung dar. Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum: Hohe Mietpreise oder die Aussicht auf intensives Pendeln schreckt Bewerberinnen und Bewerber ab und beeinflusst die Entscheidung für oder gegen einen Job in unserer Branche maßgeblich.“

Eine mögliche Lösung, mehr Fachkräfte zu gewinnen, könnte laut Branchenverband VDV die Einrichtung von Werkwohnungen sein. Dieser Ansatz wird bereits von einigen Verkehrsunternehmen verfolgt und für die Personalgewinnung aktiv eingesetzt – mit Erfolg. Rund 15 Prozent der befragten Unternehmen haben bereits Werkwohnungen oder Belegungsrechte. „Das ist ein Trend, den wir als Branche weiterverfolgen werden, ob bei den Güterbahnen oder im öffentlichen Personenverkehr. Wir brauchen die komplette Maßnahmenpalette, um an Arbeits- und Fachkräfte zu kommen und diese zu halten“, so Kraus. 82 Verkehrsunternehmen nahmen an der Umfrage teil.

Dabei müssen es nicht immer Werkwohnungen sein. Werksgeforderte oder angemietete Wohnungen sind ebenso darunter. „Gerade für das viele Personal im Fahrdienst sind diese Wohnungen von großem Nutzen, aber auch für die Kolleginnen und Kollegen in der Werkstatt, für unsere Kaufleute oder Fach- und Führungskräfte – mit nicht zu unterschätzenden positiven Nebeneffekten für den betrieblichen Zusammenhalt“, stellt Kraus fest.

Branche im Wandel

Die Umfrage zeigt eine Branche im zeitlichen Wandel: Während in der Vergangenheit zwei Drittel der Befragten fehlendem bezahlbarem Wohnraum eine geringe bis völlig unwesentliche Rolle in der Rekrutierung neuer und Bindung bestehender Arbeitskräfte zuschrieben, sagen rund 23 Prozent der Unternehmen, dass diese Problematik mittlerweile eine große oder sogar entscheidende Rolle spiele. „Heute blicken die Personalrinnen und Personaler in den Unternehmen völlig anders auf den Zusammenhang Personalrekrutierung und fehlender Wohnraum: Nur noch etwa 40 Prozent messen dem Problem eine geringe

oder unwesentliche Bedeutung zu. Für 60 Prozent ist es mittlerweile eine zentrale Herausforderung“, macht Kraus deutlich.

Herausforderungen beim Bau von Werkwohnungen

Laut VDV-Branchenumfrage sind die Herausforderungen für den Bau oder Erwerb von Werkwohnungen vielfältig: „Wir sind auf demselben umkämpften Markt unterwegs wie andere. Jeder Zweite gibt an, dass es einfach zu wenig freie Grundstücke in der Stadt gebe. Daher müssen wir versuchen, über unsere kommunalen Kontakte einen Feldvorteil zu erreichen. Mit dem Bau von Werkwohnungen wirken wir auch noch der angespannten Wohnraumsituation in den Städten entgegen. Denn jede Wohnung, die wir bauen und von einem unsere Mitarbeitenden bezogen wird, sorgt dafür, dass für diese Wohnung keine Nachfrage mehr auf dem Wohnungsmarkt entsteht“, betont Kraus.

Rund 68 Prozent der Unternehmen geben an, dass die Baukosten derzeit zu hoch seien – und es an einer Förderung durch das Land oder den Bund mangelte (61 Prozent). Gleichzeitig fehlen die betrieblichen Investitionsmittel für solche Vorhaben (ebenso 61 Prozent). „Wir werden das Thema intensiv begleiten und aus den Ergebnissen Erkenntnisse und Handlungsfelder ableiten. In einem ersten Schritt müssen wir als Branche dem problematischen Zusammenhang zwischen Personalbedarf und knappem Wohnraum mit eigenen Lösungen beikommen – auch in guter Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft. Dort, wo die Branche an Grenzen stößt, müssen wir mit den politischen Akteuren und Akteuren sprechen, etwa mit den zuständigen Ministerien für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung in Bund und Ländern“, so Kraus abschließend. □

Neue Unterkunft für Geflüchtete in Kirchheim

Nach wie vor sind der Landkreis München und seine Kommunen aufgerufen, Wohnraum für die Geflüchteten zu schaffen, die dem Landkreis zugewiesen werden. Gleichzeitig muss auch für auslaufende Unterbringungsmöglichkeiten wie zum Beispiel bisher genutzte Hotels Ersatz gefunden werden. In Kirchheim entsteht dafür jetzt eine neue Containerunterkunft am Wildapfelweg.

Bis zu 210 Personen können dort künftig untergebracht werden. Die Unterkunft, die aus zwei Gebäudeteilen besteht, verfügt über 35 abgeschlossene Wohneinheiten für jeweils sechs Personen, verteilt auf Erdgeschoss, erstes und zweites Obergeschoss. Vorrangig sollen dort die bereits bisher in einem Kirchheimer Hotel untergebrachten Familien aus der Ukraine eine Bleibe finden.

Jede Wohneinheit besteht aus drei Schlafzimmern, einem Küchenbereich und einem Badezimmer. Die Zimmer sind jeweils mit zwei Betten, Spinden, einem kleinen Kühlschrank sowie Tisch und Stühlen ausgestattet. Den Geflüchteten stehen außerdem Waschküchen und Gemeinschaftsräume zur Verfügung.

Betreut werden die Geflüchteten vor Ort von der Diakonie München. Die Unterkunft ist zunächst auf zwei Jahre befristet.

Wie bei vielen Bauprojekten derzeit haben Lieferschwierigkeiten die Fertigstellung der Anlage verzögert. So fehlten unter anderem Bauteile für die Errichtung der Strom- und Wasserversorgung. Doch nun kann die Containeranlage Stück für Stück errichtet werden. Voraussichtlich nach den Sommerferien könnte der erste Teilabschnitt der Anlage dann bezugsfertig sein.

„Wir stehen alle gemeinsam vor der Herausforderung, die Menschen, die zu uns kommen, bei einem ihrer elementarsten Bedürfnisse zu unterstützen: einem sicheren Dach über dem Kopf... Ich danke allen Beteiligten daher sehr herzlich, insbesondere sei hier auch die Gemeinde Kirchheim erwähnt, die uns dankenswerter Weise das Grundstück für die neue Unterkunft zur Verfügung gestellt hat“, so Landrat Christoph Göbel. □

Staatsminister Glauber:

Neue Wasserinfrastruktur für Bayern

Die öffentliche Trinkwasserversorgung muss sicher bleiben. Dies betonte Umweltminister Thorsten Glauber in Nürnberg bei der Vorstellung der Zwischenergebnisse eines Konzepts für eine neue Wasserinfrastruktur in Bayern.

Zur Zukunft der öffentlichen Wasserversorgung wurde gemeinsam mit den Fernwasserversorgern im Jahr 2021 das Projekt „SüSWasser“ gestartet. Über eine Million Euro werden hier partnerschaftlich eingesetzt. Das Projekt wird bis Ende 2024 fortgesetzt, um Untersuchungen zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung durchzuführen.

Projekt „SüSWasser“

Glauber zufolge zeigen die vorliegenden Zwischenergebnisse des Grobkonzepts, dass als mögliche Varianten der Wasser-Ein-

speisung etwa der Bodensee oder das Lechmündungsgebiet in Frage kommen, liegen hier doch sehr leistungsstarke Wasserreservoirs. Eine überregionale Wasserspange könnte etwa am Bodensee oder im Lechmündungsgebiet beginnen und über die fränkischen Regierungsbezirke bis nach Niederbayern führen. Dabei könnten die beiden bestehenden Trinkwassertalsperren Mauthaus (Oberfranken) und Frauenau (Niederbayern) miteinander verbunden und neue Trinkwasserreserven erschlossen werden. Mit mehreren hundert Kilometern neuer Fernleitungen in Bayern soll die ortsnahe öffent-

liche Wasserversorgung damit deutlich unterstützt und im Bedarfsfall entlastet werden.

Grundlage des Grobkonzepts sind Klimaprognosen bis zum Jahr 2065 und Analysen zu den Auswirkungen auf das Wasserdargebot. In der Grobanalyse wurde ermittelt, welche Gebiete in Bayern trotz des Klimawandels ausreichende Wasserreserven aufweisen. Oberstes Credo ist weiterhin, dass nicht auf Tiefengrundwasser zurückgegriffen werden muss. Glauber: „Die gute Nachricht ist: Bayern verfügt in allen Regierungsbezirken über gute Wasserreserven in ausreichender Menge.“ Die Realisierung eines ersten Teilprojekts, der überregionale Verbund von Unterfranken und Oberfranken, soll zügig konkret angegangen werden. Hier laufen

aktuell Gespräche mit den Beteiligten in den Regionen.

Bayern handelt im Bereich Wasser auf Grundlage der Gesamtstrategie „Wasserzukunft Bayern 2050“. Rund 70 Maßnahmen sind aktuell in der Umsetzung. Allein heuer setzt der Freistaat für die Themen Wasserversorgung und Grundwasserschutz knapp 100 Millionen Euro ein.

Fertiggestellt sind dagegen die Hochwasserschutzmaßnahmen in der Blumenau am Weißen Main in Bad Berneck. Bei der offiziellen Einweihung der Hochwasserschutzmaßnahmen betonte Glauber: „Hochwasserschutz ist für die Menschen vor Ort von entscheidender Bedeutung. Bei außergewöhnlichen Regenereignissen können sich Gewässer urplötzlich in reißende Fluten verwandeln. Das haben die Menschen in Bad Berneck im Jahr 2006 beim letzten großen Hochwasser hautnah erleben müssen. Mit der Fertigstellung der Baumaßnahmen sind die Menschen dort vor einem hundertjährigen Hochwasser geschützt. Auch den Klimafaktor haben wir dabei berücksichtigt.“

Hochwasserschutzkonzept für Bad Berneck

Das Hochwasserschutzkonzept für Bad Berneck sieht Hochwasserschutzmaßnahmen an den Gewässern Weißer Main und Ölschnitt zum Weißen Main vor. Die Baumaßnahmen in der Blumenau am Weißen Main sind mit einer rund 900 Meter langen und rund zwei Meter hohen Stahlbetonmauer nun fertiggestellt. Zudem sorgt ein neues Pumpwerk mit fünf voneinander unabhängigen Pumpen und einer rund 1.500 Meter langen verlegten Rohrleitung für die Entwässerung hinter den Hochwasserschutzanlagen. Das Gesamtvolumen der Maßnahmen liegt bei rund 4,8 Millionen Euro.

Der Hochwasserschutz in Bayern soll auch in Zukunft kraftvoll ausgebaut werden: Geplant ist, bis Ende 2030 insgesamt zwei Milliarden Euro im Rahmen des laufenden Gewässer-Aktionsprogramms zu investieren.

Vierte Reinigungsstufe für Kläranlage Lindau

Unterstützt wird auch der Bau der vierten Reinigungsstufe für die Kläranlage Lindau mit bis zu 2,0 Millionen Euro. Bei der Übergabe des Förderbescheids in Lindau wies der Umweltminister darauf hin, dass der Bodensee etwa fünf Millionen Menschen mit Trinkwasser versorgt und das gereinigte Abwasser der Anlieger aufnimmt. Dies verlange die bestmögliche Abwasserbehandlung. Dafür arbeiteten Freistaat und Kommunen Hand in Hand. Die vierte Reinigungsstufe sei dabei ein wichtiger neuer Baustein. „Lindau wird Vorbild für andere Kommunen sein.“

Mit einem neuen Förderprogramm unterstützt der Freistaat Kommunen beim Ausbau ihrer Abwasserinfrastruktur. Konkret wird damit der Bau der vierten Reinigungsstufe auf kommunalen Kläranlagen gefördert, um die Abwasserreinigung noch effektiver zu machen. Den Betreibern von insgesamt 13 wichtigen Kläranlagen wird damit die Möglichkeit eröffnet, Fördermittel für die freiwillige Nachrüstung mit einer vierten Reinigungsstufe zu beantragen, die die bestehenden drei Reinigungsstufen ergänzt.

Das Bayerische Umweltministerium fördert in diesem Programm den Bau der vierten Reinigungsstufe mit einem Zuwendungssatz von 50 Prozent; bei Inbetriebnahme bis Ende 2024 sogar bis zu 70 Prozent. Für die nächsten vier Jahre ist ein Fördervolumen von 16 Millionen Euro vorgesehen. DK



Vor den beiden HUBER Abwasserwärmetauschern RoWin (v.l.): Dr. Richard Loibl, StM Albert Füracker, OB Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Georg Huber, Wolfgang Schnabl. Bild: HUBER SE, Manuel Schusterbauer

Energie aus Abwasser:

Vorstellung des Systems HUBER ThermWin

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker hat das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg besucht und eine Anlage zur Rückgewinnung von Energie aus Abwasser besichtigt. Deren Herzstück ist das HUBER ThermWin-System, bestehend aus einer HUBER Schachtsiebzanlage ROTAMAT® RoK4 und einem HUBER Abwasserwärmetauscher RoWin. Neben Füracker besichtigten auch Gertrud Maltz-Schwarzfischer (Oberbürgermeisterin Stadt Regensburg), Dr. Richard Loibl (Direktor Haus der Bayerischen Geschichte) und Georg Huber (Vorstandsvorsitzender HUBER SE) die Anlage.

Füracker zeigte sich beeindruckt von der innovativen Technologie und betonte die immer größere Bedeutung von nachhaltigen Lösungen wie Energie aus Abwasser: „In Bayern gehen Tradition und Innovation Hand in Hand – dies wird im Haus der Bayerischen Geschichte eindrucksvoll dargestellt.“

Heizen und kühlen

Füracker weiter: „Das in dem hochmodernen Gebäude installierte ThermWin-System der HUBER SE wird diesem Fortschrittsgedanken gerecht: Es nutzt Abwasser zum Heizen und Kühlen und ist ein zukunftsweisendes Vorzeigemodell in Zeiten von Energiekrise und Klimawandel. Es ist beeindruckend zu sehen, dass das, was einst als Zukunftsmusik schien, jetzt technisch machbar ist. Ich hoffe auf zahlreiche Nachahmer, die sich von diesem Beispiel inspirieren lassen.“

Hauptbestandteil des ThermWin-Verfahrens ist der HUBER Abwasserwärmetauscher RoWin, der speziell für den Einsatz mit Abwasser entwickelt wurde und im Zusammenspiel mit einer Wärmepumpe das Heizen und Kühlen von Gebäuden ermöglicht. Je nach Jahreszeit werden die Betriebsweisen „Heizen“ und „Kühlen“ im Haus der Bayerischen Geschichte Regensburg realisiert.

In der Betriebsweise „Heizen“ entziehen die Wärmepumpen mithilfe der beiden Abwasserwärmetauscher der Baugröße 8 dem Abwasser im Kanal die Energie. In der Betriebsweise „Kühlen“ wird die thermische Energie des Gebäudes dem Abwasser zugeführt. Das innovative Merkmal des Abwasserwärmetauschers RoWin ist seine vollautomatische Selbstreinigung. Diese Eigenschaft ermöglicht es trotz des Mediums Abwasser, eine dauerhaft hohe und konstante Wärmeübertragungsleistung zu gewährleisten. □



Überreichung des Zuwendungsbescheids für die vierte Reinigungsstufe am Klärwerk Erlangen. Bild: STMUUV

Natürlicher Klimaschutz hilft Kommunen gegen die Folgen der Klimakrise

Das BMUV hat die erste Förderrichtlinie für Kommunen im Rahmen des „Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ (ANK) veröffentlicht

Das Bundesumweltministerium hat die erste Förderrichtlinie für Kommunen im Rahmen des „Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ (ANK) veröffentlicht. Mit dem ANK sorgt die Bundesregierung dafür, dass Ökosysteme wiederhergestellt und bewahrt werden, so dass sie aktiv zum Klimaschutz beitragen können. Die Förderrichtlinie „Natürlicher Klimaschutz in kommunalen Gebieten im ländlichen Raum“, die jetzt startet, soll insbesondere Kommunen beim Natürlichen Klimaschutz auf öffentlichen Flächen unterstützen. Dafür stehen in den kommenden Jahren bis zu 100 Millionen Euro zur Verfügung. Ein weiteres Förderprogramm zu Natürlichem Klimaschutz in Unternehmen startete am 15. Juli im Rahmen des KfW-Umweltprogramms.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke: „Das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz nimmt weiter Fahrt auf. Jetzt gehen die ersten beiden Förderrichtlinien an den Start: Kommunen und Unternehmen, die sich für Klimaschutz und Artenvielfalt engagieren möchten, werden wir damit gezielt fördern. Ihr Beitrag ist enorm wichtig, denn gerade in Kommunen im ländlichen Raum gibt es Wälder und Auen, Böden und Moore, die gestärkt werden können. Sei es mehr Grün in Dörfern und Städten, mehr Maßnahmen zum Wasserrückhalt in der Landschaft oder die Entsigelung von Böden: Wir schaffen gezielt Syn-

ergien, um sowohl Kohlenstoff aus der Atmosphäre zu binden als auch die biologische Vielfalt zu erhalten. Diese Potenziale kommen allen Lebewesen zugute. Gesunde Ökosysteme sind Lebensraum für zahlreiche Pflanzen- und Tierarten und wirken als Puffer gegen Folgen der Klimakrise, indem sie zum Beispiel Wasser in der Landschaft halten und bei Hitze für Abkühlung sorgen. Das erhöht insgesamt auch die Attraktivität von ländlichen Gebieten.“

Gefördert werden mit dem kommunalen Programm für Natürlichen Klimaschutz investive Maßnahmen auf möglichst großen öffentlichen, nicht wirt-

schaftlich genutzten Flächen. Dazu zählt zum Beispiel, Dörfer und Städte naturnah und biodiversitätsfördernd zu begrünen, an landwirtschaftlich genutzten Flächen Wegraine und Säume mit Hecken, Gehölzen und Alleen anzulegen sowie Fließ- und Stillgewässer zu renaturieren. Außerdem sollen natürlichen Bodenfunktionen durch die Entsigelung von Flächen wiederhergestellt werden. Insgesamt wird dadurch die Attraktivität für Kommunen und ländliche Räume gesteigert.

Das BMUV bereitet weitere Fördermaßnahmen im Rahmen des ANK vor, die in Kürze veröffentlicht werden. Dabei geht es um Angebote zur Klimaanpassung und Stadtnatur sowie um Renaturierungsmaßnahmen für Moore, Wälder und Auen sowie um die Entwicklung von Wildnis in Deutschland. Insgesamt stehen für Fördermaßnahmen im ANK bis zu vier Milliarden Euro zur Verfügung.

Um dem hohen Informations- und Beratungsbedarf seitens der Akteure im Natürlichen Klimaschutz gerecht zu werden, errichtet die ZUG im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) derzeit das Kompetenzzentrum für Natürlichen Klimaschutz (KNK). Es soll als bundesweite Anlaufstelle die Beratung zum Natürlichen Klimaschutz und zur Förderung von Maßnahmen entlang aller Handlungsfelder des ANK in den Ländern, Regionen und vor Ort koordinieren sowie mit zahlreichen Veranstaltungen Informations- und Vernetzungsangebote machen. Die Eröffnung des Zentrums ist für Anfang Oktober 2023 in Berlin geplant. □

Bayernweiter Vergleich:

Teures fränkisches Leitungswasser

Laut einer Auswertung von Daten des Statistischen Landesamts ist Leitungswasser in Franken im Vergleich zum Rest Bayerns am teuersten. Rechnet man mit dem bayernweit durchschnittlichen Verbrauch von knapp 49 Kubikmetern pro Kopf und den Preisen des Jahres 2022, musste ein Zwei-Personen-Haushalt demnach in Mittelfranken rund 286 Euro für das Trinkwasser bezahlen, während in Unterfranken 274 und in Oberfranken etwa 273 Euro zu berappen waren. Am kostengünstigsten war das Wasser in Schwaben mit 212 Euro, gefolgt von der Oberpfalz mit 217 und Oberbayern mit 219 Euro. In Niederbayern wurden 225 Euro fällig. DK

Teilflächenspezifische Bewirtschaftung gut für Trinkwasserschutz

Positive Erfahrungen bei der Viehhausen-Bergmattinger Gruppe

Vor allem in Wasserschutzgebieten dient die teilflächenspezifische Bewirtschaftung von Ackerflächen dazu, das Trinkwasser zu schützen und die Wasserkreisläufe zu optimieren. Zum 1. Januar 2021 hat der Zweckverband zur Wasserversorgung der Viehhausen-Bergmattinger Gruppe die Bewirtschaftung seiner Wasserschutzgebiete Alling und Sinzing wieder selbst übernommen. Ende Juni präsentierte er bei einem Ortstermin zusammen mit den beratenden Einrichtungen – Ingenieurbüro Dr. Georg Eiblmeier, Firma Farmtastic Consulting GmbH – die nun vorliegenden Fakten.

„Trinkwasserschutz ist in aller Munde, vor allem wegen der Nutzung des Tiefenwassers – ist aber nicht immer, wegen der Nitratbelastung, eine saubere Sache. Wir brauchen also weitere Maßnahmen, um dem Ziel eines sauberen Trinkwassers näher zu kommen“, stellte Andreas Röhl, Zweckverbandsvorsitzender und Landwirt, einleitend fest. Er beschrieb auch die Bodensituation in seiner Region. „Die Böden im Jurakarst sind sehr durchlässig, Grundwasser bildet sich in relativ kurzer Zeit neu, d.h. positive wie auch negative Faktoren an der Oberfläche können sehr schnell im Grundwasser gemessen werden. Der Vorteil im Bereich Alling/Sinzing

ist der sehr große Waldanteil, der die Hauptflächen des Wasserschutzgebietes ausmacht. Wald ist geprägt durch Jahrzehnte langes Wachstum der Bäume und wenig Bewegung im Oberboden, was dem Grundwasserschutz grundsätzlich sehr dienlich ist.“

Bestmögliche Unterstützung der Landwirte

Bei den landwirtschaftlich genutzten Ackerflächen arbeitet der Zweckverband sehr gut mit den Bauern zusammen, die durch eine angepasste Bewirtschaftung ihren Beitrag zum Trinkwasserschutz leisten. Dabei werden die Landwirte vom Zweckverband

bestmöglich unterstützt. Gängige Maßnahmen sind beispielsweise eine reduzierte Düngung oder eine ganzjährige Begrünung der Ackerflächen. Nachdem die Regierung der Oberpfalz im Juli 2021 ein Pilotprojekt (quadratmetergenaues Düngen je nach Bedarf der Pflanzen, Schonung des Grundwassers, Kostenersparnisse) vorstellte, wollte man in Sinzing/Alling ebenfalls in dieser Richtung aktiv werden. So ergab sich die teilflächenspezifische Bewirtschaftung von Ackerflächen, wodurch die Heterogenität der Ackerflächen im Wasserschutzgebiet detaillierter betrachtet werden kann. Damit wird man – gerade im Jurakarst mit kleinräumig stark wechselnden Bodeneigenschaften – den acker- und pflanzenbaulichen Maßnahmen in den einzelnen Teilbereichen der Felder besser gerecht.

Umfassende Untersuchung

Ziel ist, die natürliche Ertragsfähigkeit der Böden besonders in

den Niedrigertragsregionen positiv zu beeinflussen und Nährstoffverluste (Stickstoff) zu reduzieren, um langfristig eine gute Trinkwasserqualität zu gewährleisten. Konkret wurden im Wasserschutzgebiet Alling und Sinzing 33 Ackerflächen von 15 Landwirten mit einer Gesamtfläche von rund 185 Hektar in Zonen eines hohen, mittleren und niedrigen Ertragspotenzials eingeteilt. Als Datengrundlage dienten Satellitendaten, Ertrags- und Bodenkarten. Anschließend wurden anhand dieser Zonen teilflächenspezifisch Bodenproben gezogen und untersucht. Dabei wurde Wert auf eine umfassende Untersuchung gelegt, bei der Daten für alle wichtigen pflanzenbaulichen Nährstoffe (Phosphor, Kalium, Calcium, Magnesium, Schwefel, Natrium, Bor, Eisen, Zink, Mangan, Kupfer, usw.) sowie auch den Humusgehalt gewonnen wurden. „Wichtig war dabei, vorausschauend zu agieren und die Landwirte mitzunehmen“, blickte Eiblmeier zurück.

Nährstoffdynamik abbilden

Bei der praktischen Umsetzung unterstützte die Firma Farmtastic Consulting: Feststellung der guten und schlechten Stellen auf

Anpassung und Vernetzung der Infrastrukturen.

„Bei wasserwirtschaftlichen Infrastrukturvorhaben sind die behördlichen Genehmigungsverfahren deutlich zu verkürzen bzw. zu beschleunigen. Dies gilt in gleichem Maße für die wasserrechtlichen Antragsverfahren. Die Belange der Wasserwirtschaft müssen bei einem Infrastrukturbeschleunigungsgesetz ebenfalls berücksichtigt werden. Darüber hinaus muss die Herstellung notwendiger überregionaler Verbindungen von Wasserversorgungssystemen über Fernwasserleitungen politisch unterstützt und wirtschaftlich gefördert werden“, lauten weitere Handlungsempfehlungen.

Abhängig von der regionalen Situation spielen die interkommunale Zusammenarbeit eine wichtige Rolle. Infolge von Extremwetterereignissen könne es einerseits durch Starkregen zu Überflutungen kommen, andererseits führten lange Trockenperioden mit hohen Temperaturen zu gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung und möglicherweise Einschränkungen im Wassergebrauch. Eine gute Risikoversorge schließt die Stärkung und den Ausbau der Wasserinfrastruktur sowie der Wiederherstellung des regional spezifischen naturnahen Landschaftswasserhaushaltes ein.

Notwendig seien auch verbindliche Maßnahmen zur Gefährdungs- und Risikobewertung, effiziente Überflutungs- und Hochwasservorsorge, eine Intensivierung der natürlichen Gewässerentwicklung sowie ein wirkungsvolles Regenwassermanagement und die Anpassung städtebaulicher Planungen, z.B. durch Retentionsräume oder multifunktionale Flächennutzungen. Das Regenwassermanagement umfasse dabei u.a. die Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten vor Ort, die Entsiegelung von Flächen, die Rückgewinnung natürlicher wasserspeichernder Bodenfunktionen in der Land- und Forstwirtschaft sowie die Begrünung von Dach- bzw. Fassadenflächen („Schwammstadt“).

„Notwendig ist ein Paradigmenwechsel“, so das Fazit der Verbände: „Weg von der Wasserabfuhr, hin zu lokaler Wasserhaltung und Versickerung – bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Grundwasserbeschaffenheit.“ Auch im ländlichen Raum seien alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Grundwasserneubildung und Wasserspeicherung im Boden zu nutzen. **DK**



V.l.: Zweckverbandsvorsitzender und Landwirt Andreas Röhl, Landwirt Jan Schadwell, Zweckverbandsgeschäftsführer Rudolf Eisenhut, Landwirt Johannes Gassner, Matthias Stettmer von Farmtastic Consulting, Berater Dr. Georg Eiblmeier. Bild: Markus Bauer

den Feldern mittels Satellitendaten, Ertragsdaten durch Mähderscherkartierung, Nutzung der Daten aus den Bodenproben, Düngungsplanung usw. „Ziel war es hier, die gesamte Nährstoffdynamik abzubilden, nicht nur den Stickstoff, und die Bestände zu beobachten“, erläuterte Matthias Stettmer von Farmtastic Consulting. Aus diesen Daten wurden schließlich entsprechende Applikationskarten erstellt.

Vier Felder hat Landwirt Jan Schadwell im Projekt. Je nach besserem oder schlechterem Standort dosiert der hinten am Traktor angebrachte Düngestreuer automatisch anhand der digitalen Daten die benötigten Mengen. Einige Landwirte haben selbst

die nötigen Geräte, andere nutzen sie gemeinsam mit Kollegen.

„Insgesamt ist es mit dem Konzept möglich, dem Interessenskonflikt zwischen erfolgreichem Ackerbau und den Erfordernissen des Trinkwasserschutzes besser gerecht zu werden. So kann in den Gebieten durch die Bündelung von fachlicher Kompetenz durch externe Partner, die Nutzung moderner/digitaler Methoden und Landtechnik sowie den innovativen Gedanken der ansässigen Landwirte erfolgreich Wasserschutz betrieben werden“, fasst Rudolf Eisenhut, der Geschäftsführer des Zweckverbandes, zufrieden zusammen. **Markus Bauer**

Positionspapier von DWA, VKU, BDEW und DVGW:

Paradigmenwechsel in der Wasserwirtschaft

Die vier Verbände DWA, VKU, BDEW und DVGW fordern in einem aktuellen Positionspapier einen Paradigmenwechsel in der Wasserwirtschaft. Lokale Wasserhaltung und Versickerung soll künftig im Zentrum stehen. Dies soll auch die Rationierung des wichtigsten Lebensmittels verhindern.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits deutlich spürbar. Zunehmende Extremwetterereignisse wie Hochwasser, Starkregen, Dürreperioden und Hitzewellen stellen die Wasserwirtschaft vor große Herausforderungen. Aus Sicht der Verbände gilt es, die politischen Ziele hin zur Klimaneutralität und Klimaresilienz mit Engagement effizient zu erreichen. Die Wasserwirtschaft baue dabei vielerorts auf gutem Ausgangsniveau auf, von bereits erreichten Emissionsminderungen über etablierte Instrumente wie Technisches Sicherheitsmanagement, Energiemanagement, Energieeffizienznetzwerke, Hochwasserschutz, Hochwasser- und Starkregenvorsorge, ökologische Gewässerentwicklung und Niedrigwassermanagement. Zugleich brauche es zwingend richtige Weichenstellungen sowie die politische und finanzielle Unterstützung durch Bund, Länder und Kommunen.

Mit dem politischen Bekenntnis zu den nationalen Klimazielen hat der Deutsche Bundestag vor zwei Jahren eine verbindliche Zielerreichung der Treibhausgasneutralität bis 2045 formuliert. Gleichzeitig müssen der Schutz der Trinkwasserressourcen, die Sicherheit der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung in Deutschland ohne Einschränkung gewährleistet bleiben. „Obwohl die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung nur rund 0,05 Prozent des emissionsrelevanten Energieverbrauchs aller Produktionsbereiche in Deutschland aufweisen, verfolgen die Betreiberunternehmen intensiv konkrete Projekte zur Energieeinsparung, Energieeffizienz und Klimaneutralität. So konnten seit 2010 in der Wasserversorgung und in der Abwasserentsorgung bereits deutliche Reduktionen des emissionsrelevanten Energieverbrauches erreicht werden“, heißt es in dem Positionspapier.

„Dort, wo mit erheblichen Investitionen Energieeinsparungen erreicht werden konnten, werden diese allerdings häufig durch verschärfte Grenzwerte, welche zusätzliche Aufbereitungs- und Rei-

nigungsleistungen, die zur Eliminierung anthropogener Spurenstoffe notwendig werden, zunichte gemacht“, kritisieren die Verbände. Um die Klimaziele zu erreichen, sei es deshalb umso wichtiger, dass das Vorsorge- und das Verursacherprinzip wirksam umgesetzt werden.

Neben den auf Energieeffizienz ausgerichteten Aktivitäten komme dem natürlichen Klimaschutz eine hohe Bedeutung zu. Die Wasserwirtschaft werde auch in Zukunft ihren Beitrag bei der Moor-, Gewässer- und Auenrenaturierung sowie der Schaffung von Gehölzstreifen leisten, soweit dadurch die Versorgungssicherheit der öffentlichen Wasserversorgung nicht gefährdet wird. Der Wasserwirtschaft müssten dafür insbesondere die erforderlichen Mittel und vor allem Flächen bereitgestellt werden.

Verschmutzungen an der Quelle vermeiden

Gleichermaßen sei „die wirtschaftliche und soziale Verträglichkeit für die Abwägung des jeweils geeigneten Dekarbonisierungspfades“ zu berücksichtigen. Denn nur mit hohem Ressourceneinsatz und finanziellen Mitteln ließen sich z.B. die heutigen Treibhausgasemissionen von Kläranlagen weiter reduzieren. Umso wichtiger sei es, bereits an der Quelle Verschmutzungen zu vermeiden. „Dies dient dem vorsorgenden Gewässerschutz und vermeidet aufwändige und energieintensive Aufbereitungsverfahren belasteter Trinkwasserressourcen durch erweiterte Aufbereitungsverfahren.“ Allerdings ließen sich Emissionen gerade im Abwasserbereich nicht vollständig vermeiden und auf direktem Wege auch nur durch kostenintensive Maßnahmen vermindern. Zertifikations- bzw. Kompensationssysteme müssten deshalb auch der Wasserwirtschaft offenstehen, um diese Anforderungen an den Gewässerschutz zu finanzieren.

Beim notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien würden zusätzliche Flächen benötigt.

In Wasserschutzgebieten könnten zusätzliche Flächen gestaffelt nach den Schutzzonen zur Verfügung gestellt werden. Dabei müsse das Schutzniveau für die Trinkwasserressourcen durch geeignete Maßnahmen gewährleistet sein. Auch in der Abwasserentsorgung setzen sich die Verbände für die Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien auf Betriebsflächen und zugehörigen Liegenschaften ein. „In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig, die bestehenden Hemmnisse, wie z.B. steuerliche Vorgaben, abzubauen. Gleichzeitig können für eine erfolgreiche Energiewende alle umweltfreundlichen Energiegewinnungs- und -speicherpotenziale der Abwasserableitung und -reinigung erschlossen werden. Einen wichtigen Beitrag kann hier die Sektorkopplung leisten.“

Da es in der Wasserwirtschaft bislang an konkreten Leitlinien zur Bilanzierung der Treibhausgasemissionen und zur Anrechnung von Kompensationsmaßnahmen als CO₂-Senken fehlt, entwickeln DVGW und DWA methodische Ansätze, damit es für die Unternehmen möglich ist, ihre Emissionen bilanzieren zu können. Daran könne dann der Bedarf für geeignete Maßnahmen abgeleitet werden.

Qualität der Wasserressourcen

Stichwort Klimaresilienz: Neben der Quantität der Ressourcen ist auch die Qualität der Wasserressourcen von entscheidender Bedeutung. Um die Gewässer vor den negativen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, müssen laut Positionspapier das Vorsorge- und das Verursacherprinzip in allen Rechtsbereichen stärker verankert und im Vollzug konsequent umgesetzt werden, so dass wirksame Anreize für den Schutz der Wasserressourcen bestehen und Einträge gar nicht erst in die Gewässer gelangen. Wichtig seien die Transparenz über das nutzbare Wasserdargebot, die tatsächlichen Entnahmen aller Nutzer, die Emissionen in die Gewässer und der Zustand anhand von Immissionsdaten. Eine klimaresiliente Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erforderten zudem eine zügige lokale und, wo erforderlich, überregionale

Strategische Neuausrichtung der Thermen nimmt Fahrt auf

Es geht erfolgreich voran mit der strategischen Neuausrichtung der niederbayerischen Heil- und Thermalbäder. Um Kräfte zu bündeln und die Arbeit in den fünf Thermen, an denen der Bezirk Niederbayern zu 60 Prozent beteiligt ist, noch effizienter und wirtschaftlicher zu machen, werden verschiedene Kompetenzzentren gegründet. Auch energetisch werden die Europa Therme Bad Füssing, die Wohlfühl-Therme Bad Griesbach, die Rottal Terme Bad Birnbach, die Limes-Therme Bad Gögging und die Kaiser-Therme in Bad Abbach gerade voll auf Zukunft getrimmt.

Diese guten Nachrichten konnte der Vorsitzende der Bäderzweckverbände Dr. Olaf Heinrich den Verbandsräten bei den einzelnen Zweckverbandssammlungen verkünden: „Die neuen Maßnahmen nehmen gerade richtig Fahrt auf“, betonte er.

Franz Altmannspurger, strategischer Geschäftsführer der niederbayerischen Thermengemeinschaft, berichtete von zahlreichen Erfolgen im Zuge der Neuausrichtung. Ganz neu ist das Kompetenzzentrum für Marketing, das am 1. Juli seine Arbeit aufgenommen hat. Es ist in der Rottal Terme Bad Birnbach angesiedelt und ist für Marketingmaßnahmen aus einem Guss für die fünf Thermalbäder zuständig. „Die Arbeit ist sehr erfolgreich angelaufen und zeigt schon erste Früchte“, bilanzierte Altmannspurger.

Weitere Kompetenzzentren

Was folgen soll, ist ein weiteres Kompetenzzentrum für Personal und eines für Finanzen. Das Kompetenzzentrum für Personal nimmt ab dem 1. Januar 2024 seine Arbeit auf und soll zentral von der Limes-Therme Bad Gögging aus Personalangelegenheiten für alle fünf Zweckverbände-Thermen in die Hand nehmen. „Durch werden viel bürokratischer Aufwand und somit auch Kosten gespart und die Mitarbeiter haben innerhalb der Thermengemeinschaft bessere Entwicklungsmöglichkeiten. In Zeiten des Fachkräftemangels sind die Aufgaben dieses neuen Kompetenzzentrums besonders wichtig“, machte der Verbandsvorsitzende Dr. Heinrich deutlich.

Bekanntlich ist gerade auch in den Thermalbädern der Energieverbrauch sehr hoch. Es gilt daher, die Einrichtungen energetisch Schritt für Schritt unabhängiger und somit fit für die Zukunft

zu machen. Die einzelnen Maßnahmen erörterte Bezirksbaumeister Matthias Kopf den Verbandsräten. Auch, wenn die Gasspeicher für den Winter laut Bundesnetzagentur schon erfreulich gut gefüllt sind: Der Bezirksbaumeister legte erste Ergebnisse der aktuell in der Erarbeitung befindlichen Energiekonzepte vor, und dazu sollen zeitnah die ersten Schritte erfolgen.

Energie und Kosten einsparen

In den einzelnen Thermen bieten sich je nach Standort verschiedene Lösungen wie Wärmepumpen, eine Hackschnitzelanlage, Solarthermie, PV-Anlagen oder Grauwasser-Wärmenutzung an. „Wir stellen uns der Verantwortung, Energie und Kosten einzusparen. Durch die Reduzierung von CO₂-Emissionen werden die einzelnen Standorte klimafreundlicher. So können wir unsere Thermen verantwortungsbewusst und dennoch leistungsfähig in die Zukunft führen“, unterstrich Kopf. Auch örtliche Bestrebungen zur Schaffung von Nahwärmenetzen werden bei Konzeptumsetzung berücksichtigt.

Verbandsumlagen senken

Bei allen fünf Zweckverbandssitzungen herrschten Harmonie und Einigkeit und die vorgelegten Wirtschafts- und Energiekonzepte fielen auf fruchtbaren Boden. Das kommt gerade auch den Umlagezahlern zugute, wie Zweckverbandsvorsitzender und Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich herausstellte: „Wir legen den Fokus auf Effizienzsteigerung mit dem Ziel, die Verbandsumlagen sukzessive zu senken. Dies ist in der Zukunft unbedingt notwendig, um die Umlagezahler in schwierigen Zeiten zu entlasten. Es freut mich, dass wir hier so gut vorankommen.“ **□**

Aufschwung nach der Pandemie

Messe München im Jahr 2022 wieder in den schwarzen Zahlen

Nach der Schockstarre der Coronajahre ist die Messe München wieder zu neuem Leben erwacht. Das Prinzip des persönlichen Kontakts hat sich gegenüber der Onlineveranstaltungen durchgesetzt. Für die Messe München bedeutet das, dass es sogar noch besser lief, als die Hochrechnungen im Dezember 22 vermuten ließen. Das Ergebnis verbesserte sich nach dem Pandemie-Defizit beim EBITDA um 156 Millionen Euro: von minus 33 Millionen Euro 2021 auf ein Plus von 123 Millionen für das Jahr 2022. Die Messe München schreibt damit wieder schwarze Zahlen und macht einen Gewinn von 52 Millionen Euro. Mit einem Umsatz von 413 Millionen Euro liegt sie über dem Markt-Durchschnitt. „Dieses Guthaben wollen wir zielgerichtet in Personal, Digitalisierung, das Gelände und den Schuldenabbau investieren“, erläutern Dr. Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel. Der Erfolg setzt sich auch 2023 mit neuen Bestwerten fort.

Der Messekalender war zum Neustart 2022 dicht gedrängt: Es waren 17 eigene Veranstaltungen im Inland, 21 im Ausland und 88 Gastveranstaltungen. Nach München kamen 29.000 Aussteller und 1,4 Millionen Besucher, zu den Veranstaltungen im Ausland 2.800 Aussteller und 162.000 Besucher. Es war deutlich zu spüren, dass wegen der Coronaauflagen in China und des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine Aussteller und Besucher aus Russland, der Ukraine und China wegblieben. Außerdem hat die Messe München ihr Geschäft in Russland eingestellt.

Der Aufwärtstrend geht auch 2023 weiter

Der Aufwärtstrend setzt sich nahtlos in diesem Jahr fort. Das bestätigt der überaus erfolgreiche Start ins Jahr 2023. Man spürt

auch den Nachholbedarf bei allen. „Die ersten Messen des Jahres 2023 schließen in München und im Ausland mit Rekorden bei den Aussteller- und Besucherzahlen ab, die wir so bald nicht erwartet hatten“, so die beiden Geschäftsführer. Die Pluspunkte: Die Messe München ist eine Plattform für Innovationstreiber. Außerdem ist sie ein weltweit gefragter Partner und zuverlässiger Dienstleister für Messen und große Kongresse.

Der Messekalender 2023 ist dicht belegt: 15 Veranstaltungen im Inland (davon zehn im ersten Halbjahr), 40 im Ausland und 91 Gastveranstaltungen auf der Messe, im ICM-International Congress Center Messe München oder dem MOC in Freimann.

Corona war nicht die einzige Herausforderung für das Messegeschäft im In- und Ausland: Der Angriffskrieg auf die Ukraine, In-

flation oder gestörte Lieferketten. „Diese Auswirkungen haben Einfluss auf unser Unternehmen, auf unsere Kunden, auf die Wertschöpfungsketten der Industrien und damit auch auf unsere Messen“, so die beiden Messechefs Dr. Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel: „Messen sind eben auch Seismographen politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen.“

Die Messe München reagiert darauf: Mit der Konzentration auf das Kerngeschäft, Digitalisierung und mit einem erweiterten Blick auf neue Wachstumsmärkte im Ausland. Dazu gehören Südostasien, die USA und Südamerika. Dr. Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel: „China ist und bleibt für

Jahresbilanz 2022 der NürnbergMesse Group:

Wieder in der Erfolgsspur

Obwohl Messen und Kongresse coronabedingt in Deutschland erst im März 2022 begannen, meldet sich die NürnbergMesse stark zurück. Sie organisierte im Geschäftsjahr 2022 88 Veranstaltungen in Deutschland und weitere 67 weltweit mit knapp 23.500 Ausstellern und über 989.000 Besuchern auf einer Nettofläche von knapp 842.000 Quadratmetern. Im von Corona geprägten Vorjahr waren es nur 5.493 Aussteller, 315.000 Besucher und knapp 177.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche, wie Prof. Dr. Roland Fleck und sein CEO-Kollege Peter Ottmann im Rahmen der Jahrespressekonferenz erläuterten.

Die hohe Beteiligung an den Veranstaltungen habe zu deutlich positiven Finanzergebnissen geführt: Der Umsatz von 257 Mio. Euro liege in etwa zwischen dem Niveau von 2012 und 2016 (236 bzw. 288 Mio. Euro) und markiere den vierthöchsten Umsatz in der Unternehmensgeschichte.

die Messe München ein wichtiger Fokus- und Wachstumsmarkt. Insgesamt ist eine Lehre aus den neuen Herausforderungen, dass wir unsere Abhängigkeiten vermeiden. Deshalb diversifizieren wir unsere Auslandsstrategie.“

Corona: Trendverstärker für die Digitalisierung

Ein positiver Effekt der Pandemiejahre ist: Corona ist ein Trendverstärker, der Digitalisierung und Nachhaltigkeit mehr in den Fokus gerückt hat. „Wir verstehen Digitalisierung als eine Ergänzung vor, während und nach Messen“, so die beiden Geschäftsführer: „Wir glauben an Präsenzmessen und werden sie digital erweitern, zum Beispiel mit Branchenplattformen. Denn in der Digitalisierung steckt unsere Chance, die Customer Experi-



Mit Stefan Rummel (l.) und Dr. Reinhard Pfeiffer (r.) sieht sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder die Solaranlage auf dem Dach der Messe München an.

Bild: Messe München

ence weiter zu verbessern und zu individualisieren.“

Beispiele für Branchenplattformen sind die BAU Insights, die

erste personalisierte und interaktive Informationsplattform der Bauindustrie. Sie erweitert die physische Messe BAU auf 365 Tage im Jahr. Oder die digital-BAU, eine Konferenz und Netzwerk-Plattform. Dr. Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel wissen: „Früher waren Messeveranstalter Flächenvermieter. Heute sind wir multifunktionale und verlässliche Servicepartner für die Customer Journey.“

Optimistisch in das zweite Halbjahr 2023

„Messen schaffen Erlebnisse, und sie zeigen heute die Welt von Morgen. Der Wettbewerb wird intensiver, und da müssen wir angesichts der globalen Herausforderungen sehr wachsam bleiben“, resümieren die beiden Geschäftsführer Dr. Reinhard Pfeiffer und Stefan Rummel: „Unsere Ausstellungen spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Menschen mit ihren Ideen und Wünschen zu verbinden, Innovationen voranzutreiben und das Wirtschaftswachstum zu fördern.“ Die Chancen der Messen seien beispiellos: „Die Möglichkeit, sich persönlich zu treffen, Wissen auszutauschen, Produkte und Dienstleistungen zu präsentieren und langfristige Partnerschaften einzugehen. – Messen sind eben systemrelevant.“ □

ten) „haben wir damit auch die vergangene Strategieperiode erfolgreich abgeschlossen“, konstatierte Fleck. „In dieser Periode haben wir die NürnbergMesse zu einer der zwölf größten Messeveranstalter der Welt entwickelt, ein stetiges Umsatzwachstum von 7,5 Prozent p.a. (2008-2018) erreicht, ein Wachstum des Gesamtumsatzes um mehr als 100 Prozent erzielt, fünf internationale Tochtergesellschaften gegründet, 85 Messen in unser globales Portfolio aufgenommen und 54 verloren oder abgesetzt. Zudem haben wir seit 2010 190 Mio. Euro in unseren Standort in Nürnberg und weitere 45 Mio. Euro in Akquisitionen investiert.“

Im zweiten Halbjahr 2023 finden noch ca. 75 Veranstaltungen weltweit statt, darunter 40 in Nürnberg. Auf der Basis der guten Buchungszahlen rechnet die NürnbergMesse trotz des turnusgemäß schwächeren ungeraden Messejahres 2023 mit einem Umsatz von rund 230 Mio. Euro. DK

NürnbergMesse mit neuem Führungsteam

Die NürnbergMesse Group passt ab dem 1. August 2023 ihre Führungsstruktur an: Wie der Aufsichtsrat beschloss, werden die Verantwortlichkeiten im Management der Messegesellschaft neu zugeschnitten. Peter Ottmann, der seit 2011 die NürnbergMesse Group gemeinsam mit Prof. Dr. Roland Fleck als CEO leitet, übernimmt nach dessen Eintritt in den Ruhestand zum 1. August die alleinige Geschäftsführung.

Das neue Führungsteam besteht künftig aus den vier Mitgliedern der Geschäftsleitung Petra Wolf, Dr. Thomas Koch, Dr. Martin Kassubek und Dirk Blum. Diese werden direkt an Peter Ottmann berichten und künftig die Funktion von Senior Bereichsleitungen innehaben. DK

Barrierefreier Urlaub

Fünf bayerische Urlaubsregionen mit dem Siegel „Reisen für Alle“ zertifiziert

Nürnberg, Chiemsee-Alpenland, Alpenregion Tegernsee Schliersee, Kelheim und Bayerischer Wald sind jetzt auch zertifiziert ausgezeichnete Urlaubsregionen. Laut Wirtschafts- und Tourismusminister Hubert Aiwanger bietet Bayern „bereits jetzt die meisten zertifizierten Angebote für das bundesweite Kennzeichnungssystem ‚Reisen für Alle‘“. Barrierefreier Urlaub ist für Menschen mit Einschränkungen genauso interessant wie für Familien mit kleinen Kindern und Gäste, die Wert auf besonderen Komfort legen. Insgesamt tragen in Bayern 586 touristische Anbieter das Siegel.

Bei den Regionen sind die Angebote entlang der gesamten touristischen Servicekette – von Anreise bis Abreise, von Unterkunft und Gastronomie bis hin zu Sehenswürdigkeiten und Freizeitaktivitäten – vernetzt und bieten verlässliche Informationen zur Barrierefreiheit. Die Zertifizierung wurde vom Bayerischen Wirtschaftsministerium mit 100.000 Euro gefördert. Für die Umsetzung des Kennzeichnungssystems in Bayern ist die Bayern Tourismus Marketing (BayTM) federführend.

Holger Kiesel, Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung: „Damit Menschen mit Behinderung ihr Recht auf selbstbestimmte Freizeitgestaltung und

ihren Wunsch nach einem entspannten Urlaubserlebnis umsetzen können, ist Barrierefreiheit auf der gesamten Reisekette unabdingbare Voraussetzung!“

Barbara Radomski, Geschäftsführerin Bayern Tourismus Marketing: „Die BayTM als Landestourismusorganisation hat sich 2015 bewusst dafür entschieden, als Masterlizenznehmer für das Kennzeichnungssystem ‚Reisen für alle‘ zu fungieren. Gemeinsam mit unserem Partner, der Bayern Tourist GmbH, haben wir es geschafft, Bayern auf dem Weg zur Barrierefreiheit ein gutes Stück voranzubringen. Davon profitieren nicht nur die Betroffenen, die Qualität im Tourismus konnte allgemein verbessert werden.“ □

IFAT 2024:

Jahrmarkt der Ideen

Stefan Rummel ist seit Juli 2022 gemeinsam mit Dr. Reinhard Pfeiffer Geschäftsführer der Messe München. Zu seinem Verantwortungsbereich gehört die IFAT, die Weltleitmesse für Umwelttechnologien, die vom 13. bis 17.3.2024 in München stattfindet. Warum gerade diese Veranstaltung für Besucher aus bayerischen Kommunen interessant ist, darüber konnte GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit ihm sprechen. GZ: Herr Rummel, die Leser der Bayerischen Gemeindezeitung sind bayerische kommunale Entscheidungsträger, also Bürgermeisterinnen, Stadt- und Gemeinderäte sowie Mitarbeiter in den Verwaltungen. Welche Veranstaltung auf dem Münchner Messegelände darf unsere Leserschaft in naher Zukunft nicht verpassen?

Stefan Rummel: Dazu gehört natürlich die IAA Mobility, die vom 5.-8. September läuft und Mobilitätslösungen vorstellt sowie Fragen rund um die Verkehrsplanung behandelt. Vom 4.-6. Oktober findet die Immobilien- und Standortmesse Expo Real statt und vom 13.-17.3.2024 öffnen wir die Tore für die IFAT, die Weltleitmesse für Umwelttechnologien ist.

GZ: Wie groß und wie international wird die IFAT?

Rummel: Der Neustart der IFAT im vergangenen Jahr ist bereits besser verlaufen als erwartet. Wir durften Aussteller aus 60 und Besucher aus 155 Ländern begrüßen. Im Schnitt sind in Deutschland 2022 die Besucherzahlen von Messen gegenüber den Vorpandemiezeiten um 37 Prozent eingebrochen. Für die IFAT betrug der Rückgang lediglich 16 Prozent. Und jetzt kommt das Geschäft stärker wieder zurück, nun können auch unsere chinesischen Partner wieder anreisen. Es sind bereits alle 18 Hallen und große Teile des Freigeländes ausgebucht.

GZ: Mit den Themen Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoff- sowie Kreislaufwirtschaft ist die IFAT die Zukunftsmesse schlechthin. Gibt es schon jetzt erkennbare Trends oder technische Errungenschaften, die im kommenden Frühjahr vorgestellt werden?

Rummel: Der Fokus liegt auf Kreislaufwirtschaft und Recycling – sei es im Wasser- oder Abwasserbereich, in der Baubranche oder beim Abfall generell. Es geht darum die Stoffkreisläufe zu schließen. Aber auch im Bereich der Städteplanung greifen wir Ideen wie bspw. das Schwammstadtprinzip auf. Damit verbunden sind natürlich digitale Lösungsmöglichkeiten und Fragen zu Förderungen und Finanzierung. Ich stelle hier auch den praktischen Nutzen der Messe für die Leserschaft der Bayerischen Gemeindezeitung ganz klar heraus. Die Entscheidungsträger in den bayerischen Kommunen, das sind die Macher und Macherinnen einer besseren Welt. Sie gehen mit gutem Beispiel voran und legen gleichzeitig die Rahmenbedingungen für alle anderen fest. Und die IFAT präsentiert genau dieser Zielgruppe, was alles bereits jetzt möglich ist. Markieren Sie sich also den 13.-17.3.2024 im Kalender!

GZ: Wenn man die Welt zum Thema Umwelt- und Ressourcenschutz nach München holt, sollte man mit gutem Beispiel voran gehen. Wie nachhaltig ist das Münchner Messegelände?

Rummel: Die Anlage war seinerzeit visionär angelegt worden und hat immer noch Potential für Innovationen. Erst kürzlich konnte Ministerpräsident Dr. Markus Söder sich selbst ein Bild von der 38.000 Quadratmeter großen Solaranlage machen, die in 25 Jahren Betriebslaufzeit 26 Millionen kWh Strom erzeugt und 10.000 Tonnen CO2 eingespart hat. Momentan wird ein digitaler Zwilling erstellt, damit wir bis Ende des Jahres einen konkreten Plan haben, um bis 2030 klimaneutral zu werden.

Vielen Dank für das Gespräch!

CH



Peter Ottmann und Prof. Dr. Roland Fleck, CEOs NürnbergMesse Group.

Bild: NürnbergMesse / Ralf Rödel

„Pandemiebedingt war 2022 für uns ein ‚Rumpfgeschäftsjahr‘. Drei starke Quartale haben im vergangenen Jahr aber ausgereicht, um uns zurück auf die Erfolgsspur zu bringen. Unsere Kunden wollen sich wieder persönlich auf Messen treffen – das sehen wir in Nürnberg und weltweit“, freute sich Roland Fleck. Auch Peter Ottmann blickt zuversichtlich in die Zukunft: „Das Messegeschäft erholt sich weltweit rasant. Unsere Messen sind wieder in der Erfolgsspur.“

Nürnberg und München schreiben Messengeschichte

Wie Ottmann weiter ausführte, „konnten wir im Mai nach der Corona-Pandemie am Messepark Nürnberg endlich die ‚Legal Revolution‘ durchführen, Europas größte Kongressmesse für die gesamte Rechtswelt, für Wirtschaftskanzleien und Compliance-Organisationen. Messengeschichte hätten vor wenigen Wochen die Messe München und die NürnbergMesse geschrieben. Um ihre führenden Positionen auf dem Weltmarkt weiter zu festigen, führten die beiden Gesellschaften ihre Fachmessen drinktec und BrauBeviale im gemeinsamen Joint Venture Yontex mit Sitz in Nürnberg zusammen. Als Messe-Höhepunkte in der zweiten Jahreshälfte 2023 nannte Ottmann unter anderem die Powtech, die it-sa, die Kommun-

le, die Consozial, die SPS und die BrauBeviale.

Derzeit investiert die NürnbergMesse weiter deutlich in ihr Messegelände mit dem Ziel, dieses bis Ende 2028 CO2-neutral mit Energie zu versorgen. Hierfür werden bis Ende 2024 rund 21.000 Photovoltaikmodule auf

den Hallendächern angebracht und mit einem Second-Life-Batteriespeicher kombiniert. Bis Ende 2023 sollen rund 9.500 Module auf den Hallen 3, 3A und 3C montiert werden; gut die Hälfte davon wird noch heuer den Betrieben aufgenommen und das Messegelände mit Strom versorgen.

Nach Roland Flecks Worten „blicken wir vom Scharnierjahr 2023 aus voller Optimismus auf die kommenden Messejahre“. Diese positive Einstellung teile auch die weltweite Messebranche, die sich inzwischen aus der Corona-Krise herausgekämpft hat. So zeige eine Prognose der renommierten Marktforscher von AMR allein von 2021 auf 2022 ein Wachstum von 67 Prozent – und das, obwohl 2022 bei weitem noch kein „pandemiefreies Jahr“ war. „Eine Erholung bis auf das Vor-Corona-Niveau soll sich in den nächsten zwei bis drei Jahren fortsetzen und ab 2026 erwartet der globale Messemarkt sogar neue Umsatzrekorde mit bis zu 15 Prozent über dem Niveau von 2019“, betonte der CEO.

Strategieperiode erfolgreich abgeschlossen

In den vergangenen Monaten habe die NürnbergMesse eine neue Strategie entwickelt, die das Unternehmen bis 2026 tragen wird. Mit Blick auf seinen Eintritt in den Ruhestand (siehe Kas-



Dr. Hermann Ulm (Sprecher des Projekts ReProLa und Landrat von Forchheim, 3.v.l.) und die weiteren Beteiligten am Leitfaden bei der Vorstellung des Leitfadens auf der Konferenz „Zukunft. Fläche. Außenbereich – Nachhaltig“ (landwirtschaftliche Flächen sichern, Wertschöpfung und Entwicklungen in der Metropolregion Nürnberg gestalten).

Bild: Rudi Ott

Flächenfußabdruck verkleinern:

Ohne Felder keine regionalen Lebensmittel

Felder, Wiesen, und Teiche erhalten – ein deutschlandweit einzigartiger Leitfaden zeigt gute Beispiele in der Metropolregion Nürnberg für den verantwortungsvollen Umgang mit landwirtschaftlichen Flächen.

Der Flächenverlust ist ein gravierendes Umweltproblem auch in der Metropolregion. Aktuell stehen rechnerisch in der Metropolregion Nürnberg pro Einwohner 2.670 Quadratmeter landwirtschaftliche Fläche zur Verfügung, so viel wie etwa 10 Tennisfelder. Das ist deutlich mehr als der Durchschnitt anderer deutscher Metropolregionen. Aktuell könnte die Metropolregion theoretisch ihre Lebensmittel in der Region erzeugen, pro Person wären dafür 2060 Quadratmeter nötig. Rechnet man den Flächenbedarf für Biogas und Photovoltaik hinzu, wird die Fläche knapp. „Die verfügbare landwirtschaftliche Fläche ist ein großer Schatz unserer Region“, sagt Dr. Hermann Ulm, Landrat des Landkreises Forchheim und Sprecher des Projekts ReProLa.

Flächen für Lebensmittel unter Druck

Daraus entsteht eine Vielfalt an regionalen Lebensmitteln, die einmalig ist: Bauernbrot, Wurst, Karpen oder Spargel. Die wirtschaftliche Bedeutung für die Metropolregion ist enorm: rund

100.000 Beschäftigte arbeiten in der hiesigen Land- und Ernährungswirtschaft, so viele wie in der Automobilzulieferindustrie. Große Anteile einzigartiger, über Jahrhunderte gewachsener Kulturlandschaften prägen die Metropolregion: Teichlandschaften, Magerwiesen oder Streuobstbäume.

Doch Getreidefelder und Streuobstwiesen sind unter Druck: Pro Jahr gehen in der Metropolregion 1.450 Hektar landwirtschaftliche Fläche verloren – meist für Straßen, Gewerbe, Industrie oder Wohnhäuser. Rechnerisch verliert pro Jahr eine Kommune in der Metropolregion ihre landwirtschaftliche Fläche. „Landwirtschaftliche Flächen sind nicht nur reine Produktionsfläche für Lebensmittel und Einkommensquelle für Erzeugerinnen und Erzeuger, sie sind auch maßgeblich für den Arten- und Klimaschutz. Der Verlust landwirtschaftlich genutzter Flächen erschwert die Herstellung von regionalen Lebensmitteln, es gehen gewohnte und prägende Landschaftsbilder verloren, die Biodiversität nimmt ab und gleichzeitig wird der Rückgang von Land-

wirtschaftsbetrieben beschleunigt“, sagt Prof. Otmar Seibert von der Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung in Triesdorf. Die Corona-Pandemie und die Ukraine-Krise haben gezeigt wie wertvoll eine Ernährungswirtschaft ist, die unabhängig von internationalen Lieferketten ist.

Landwirtschaft und Kommune

Der Umgang mit landwirtschaftlichen Flächen steht aktuell jedoch kaum im Fokus von Kommunen. Im Rahmen des Bundesforschungsprojektes „ReProLa“ (regionalproduktspezifisches Landmanagement) wurde daher ein Leitfaden entwickelt. „Dieser Leitfaden ist deutschlandweit einzigartig – so zeigt er gute Beispiele aus der Metropolregion, wo Kommunen bereits heute sparsam mit landwirtschaftlichen Flächen umgehen. Das ist ein wichtiger Schritt zu einem gesellschaftlichen Umdenken. Wir müssen uns endlich klarmachen, was der Verlust von Landwirtschaftsfläche bedeutet. Ohne Flächen werden wir in Zukunft keine regionalen Lebensmittel mehr produzieren können“, fasst Landrat Dr. Hermann Ulm zusammen.

Leitfaden stellt gute kommunale Beispiele vor

Vorgestellt wurde der Leitfaden bei der Fachkonferenz „Zukunft. Fläche. Außenbereich – Nachhaltig“ (landwirtschaftliche Flächen sichern, Wertschöpfung und Entwicklungen in der Metropolregion Nürnberg gestalten) im Pilatushof bei Forchheim. Der Leitfaden für kommunales Flächenmanagement ist Teil des Aktionsplans „Heimat für Regionalprodukte“. Der Aktionsplan enthält strategische Projekte für eine zukunftsfähige Land- und Ernährungswirtschaft und soll auf der nächsten Ratssitzung in Erlangen durch den Rat der Metropolregion beschlossen werden.

Gemeinde Langenfeld

Eine seit vielen Jahren stehende Gewerbebrache am Ortseingang von Langenfeld, (Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim) wurde zum gemeindlichen Dienstleistungszentrum umgenutzt: ein Dorfladen mit Backfiliale, Getränkemarkt, Poststation, Geldautomaten und Lotto-Annahmestelle. Das Besondere daran ist, dass die Bürger von Langenfeld über eine Bürgergesellschaft an der Weiterentwicklung des Dorfladens beteiligt sind. „Schnell hat sich in Langenfeld herausgestellt, dass etwas innerorts passieren muss. Ältere Menschen, Familien mit Kindern und Junge haben Bedarf

900 Jahre Neufahrn i. NB

2023 ist ein Festjahr für die Gemeinde Neufahrn i. NB im Landkreis Landshut. Gefeiert wird der 900. Geburtstag mit einer Reihe von Veranstaltungen. „Wir wollen aus Vergangenen lernen, in der Gegenwart die Weichen stellen und über die Zukunft sprechen und diskutieren“, betont Bürgermeister Peter Forstner. Mit Stolz könne man auf das 900-jährige Jubiläum blicken.

Am 13. Januar 1123 wurde Neufahrn – „Newfar“ – zum ersten Mal urkundlich erwähnt. Graf Ernst von Kirchberg schenkte die Güter Neufahrn dem Kloster Maltersdorf zum Seelenheil seines verstorbenen Vaters Heinrich. Am 13. Januar 2023 – genau 900 Jahre später – fand daher der Neujahrsempfang der Gemeinde statt. Musik, Reden und Aufführungen stimmten die Festgäste auf das Festjahr ein.

Kommune heißt Gemeinschaft

Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident Hubert Aiwanger und Landrat Peter Dreier gratulierten der Gemeinde zu ihrem Jubiläum. Sie betonten beide die Bedeutung der Gemeinschaft und des Ehrenamts für eine Gemeinde. Gemeinsam könne man Herausforderungen bewältigen und mit Optimismus in die Zukunft blicken.

Aiwanger hob die stabilisierende Wirkung des Ehrenamts gerade in unsicheren Zeiten hervor. Der Zusammenhalt in der Gesellschaft müsse viel mehr nach vorne gestellt werden. Dreier beton-

DK

GZ

ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Die Stadt Nürnberg, größte Stadt in Franken, aktuell (31. März 2023) sind bei uns 541.133 Personen mit Hauptwohnung gemeldet.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Meine Amtszeit hat am 1. Mai 2020 begonnen. Ich bin hauptamtlich als Oberbürgermeister der zweitgrößten Stadt in Bayern tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich war zuvor Abteilungsleiter bei einer Bank. Nein, den Beruf musste ich mit Amtsantritt aufgeben.

Marcus König

Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg



© Christian Ditzlerbach / Stadt Nürnberg

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich habe mich schon seit meiner Jugendzeit politisch engagiert. Zuletzt war ich Vorsitzender der CSU-Fraktion im Nürnberger Stadtrat. Mein persönlicher Anreiz: Ich möchte meine Heimatstadt mitgestalten. Nürnberg liegt mir am Herzen. Menschen aus über 170 Nationen leben bei uns. Ich möchte, dass sie sich – und sei es nur vorübergehend – als Nürnbergerinnen und Nürnberger fühlen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Wie bereitet man sich auf das Amt des Oberbürgermeisters vor? Geht das überhaupt bei der Fülle der Aufgaben? Am Tag nach meiner Wahl hat mich mein Vorgänger Dr. Ulrich Maly sofort in sein Alltagsgeschäft mit eingebunden. Früh morgens, am Montag nach der Stichwahl – wir waren ja bereits in der Corona-Pandemie – begann mein Tag mit der Führungsgruppe Katastrophenschutz. Aber natürlich war ich als Fraktionsvorsitzender schon mit vielen Prozessen bei der Stadt vertraut. Trotzdem ist es eine vollkommen neue Aufgabe. Man lernt mit dem Amt.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ganz klar: Krisenbewältigung. Corona und seine Folgen. Das Thema hat mich fast die ganze erste Hälfte meiner Amtszeit begleitet. Dann kam Anfang 2022 der russische Überfall auf die Ukraine dazu mit den vielen Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten. Und, wenn Sie so wollen: die Krise in der Krise brachte dann auch noch die große Herausforderung (oder dritte Krise) mit sich, nämlich die Frage nach der Sicherheit der Energieversorgung.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Die Themen, die ich gemeinsam mit dem Rat und der Verwaltung der Stadt Nürnberg neben der Krisenbewältigung seit Mai 2020 auch schon angegangen bin: Wie machen wir Nürnberg fit für den Klimawandel? Wo können wir

Flächen entsiegeln? Wo richten wir neue Grünflächen ein? Wie gestalten wir eine umweltverträgliche urbane Mobilität? Das sind nur einige der brennenden Fragen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Nürnberg hat einen Höchststand an Einwohnern: Wie können wir in einer dicht bebauten Stadt weiter, vor allem auch bezahlbaren Wohnraum schaffen? Der Ausbau der Kinderbetreuung beschäftigt uns ebenso wie der Neubau von Schulen. Durch den Zuzug müssen

wir permanent auch die Infrastruktur anpassen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Haben Sie keine Angst vor der Herausforderung und gehen Sie mit viel Mut, Zuversicht und Engagement die Aufgaben an!

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Nürnberg hat eine große Tradition der Bürgerbeteiligung. Wir machen neben Bürgerversammlungen auch Mobile Bürgerversammlungen. Viele Projekte werden durch Bürgerbeteiligung begleitet. Ich nenne zwei Beispiele: Wo neue Fahrradständer oder Mobilitätsstationen im Stadtgebiet hinkommen, bestimmen die Bürgerinnen und Bürger mit. 2030 richtet Nürnberg die Urbane Gartenschau aus. Es ist die 50. Landesgartenschau. Von Beginn an wird die Bürgerschaft mitgenommen bei diesem spannenden Prozess. Ich lege zudem sehr viel Wert darauf, mir im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen ein Meinungsbild zu machen und so zu einer Entscheidungsfindung zu kommen. Kooperation und Konsens sind mir enorm wichtig.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird unser aller Leben verändern. Auch in der Kommunalpolitik. Wir sind in Bayern schon jetzt die Kommune mit den meisten digitalen Angeboten. Das heißt: Viele Verwaltungsvorgänge können die Menschen bereits von zuhause aus erledigen. Das erleichtert auch bei uns in der Verwaltung die Abläufe. Die Angebote – und damit der Bürgerservice – werden weiter ausgebaut. Aber es wird immer auch analoge Angebote geben. Mein Motto: Digilog. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern spielen digitale Medien aber eine immer größere Rolle. Feedback kommt auch für die Kommunalpolitik viel schneller. Zustimmung und Protest artikulieren sich oft sofort, schon im Frühstadium von Ideen oder Projekten. Hierauf müssen wir (viel schneller) reagieren.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Die Dinge mit Optimismus angehen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ist es für diese Frage nicht noch ein bisschen früh? Okay: Als ein Oberbürgermeister, der den Menschen zuhört, auf sie zugeht; ja, ganz ehrlich: ihre Sorgen ernst nimmt und versucht Lösungen zu finden. □

Stadt Ludwigsstadt

Seit 2014 werden in Ludwigsstadt (Landkreis Kronach) kontinuierlich Leerstände erfasst und monatlich durch Daten des Einwohnermeldeamtes ergänzt. Die Strategie der Stadt liegt darin, auch so genannte Schrottimobilien zu erwerben und rückzubauen und geeignete Objekte zu neuem Leben zu erwecken. So wurden beispielsweise zwei Brauereien auf Gemeindegrund revitalisiert. Erster Bürgermeister der Stadt Ludwigsstadt, Timo Erhardt, betont: „Durch die topographische Lage und das umgebende Landschaftsschutzgebiet bekommt die Innenentwicklung in der Stadt Ludwigsstadt einen noch höheren Stellenwert. Bund und Land unterstützen uns dabei mit passenden Instrumenten und Zuschüssen. Ohne eine auskömmliche Fördermöglichkeit wären viele Projekte aufgrund unserer Haushaltslage nicht zustande gekommen.“

Weitere Informationen

Unter folgendem Link kann der Leitfaden und weiteres Infomaterial abgerufen werden: <https://reprola.de/downloads/> □

Landkreis Rosenheim:

10. Jugendbeteiligungskonferenz #myvision23

Knapp 70 Jugendliche aus dem Landkreis Rosenheim nahmen an der diesjährigen Jugendbeteiligungskonferenz „#myvision23“ in Breitbrunn teil. Mit dem Ziel, Politik selbst gestalten und mitwirken zu können, bearbeiteten die Mädchen und Jungen im Alter von 13 bis 17 Jahren eine große Bandbreite an Themen und gestalteten ihre Probleme und Lösungsvorschläge auf Plakaten. Gemeindebürgermeister, Jugendbeauftragte sowie Landrat Otto Lederer kamen an verschiedenen Stationen mit ihnen ins Gespräch, nahmen Anregungen auf, besprachen die Hintergründe und gaben einen ersten Ausblick, ob bzw. wie Lösungen in der Praxis aussehen könnten.

Die Themenpalette gestaltete sich äußerst vielfältig: In mehreren Gemeinden wurden weitere Freizeitmöglichkeiten, wie der Bau von Skaterparks oder öffentlich zugängliche Basketballplätze und



Landrat Otto Lederer beim Feedback-Gespräch mit Moderator Erik Flügge. Bild: Moritz Beck

Beachvolleyballfelder gewünscht. Am Herzen liegt den Jugendlichen auch eine Verbesserung der Radwege im Inntal, da verschiedene Baustellen eine nahtlose Verbindung derzeit unmöglich machen. Besseres W-LAN, vor allem im öffentlichen Raum und in Schulgebäuden, wurde ebenso gefordert wie eine Optimierung des öffentlichen Nahverkehrs mit mehr Busplätzen sowie überdachte Haltestellen. Auch die Natur beschäftigt die jungen Leute. Während etwa über weitere Bienenwiesen diskutiert wurde, machte ein Schüler aus Breitbrunn auf den sinkenden Wasserstand des Chiemsees aufmerksam. Seine Lösung sind Pyramidensteine, speziell geformte und angefertigte Steine, die den Wasserpegel regulieren sollen.

Engagement, Ideenreichtum und Diskussionsfähigkeit

Überdies wurde der Wunsch nach einem Büchercfé oder einem Safe Place geäußert – einem Raum, an den man sich zurückziehen, sich austauschen und auch das Handy beiseitelegen kann. An anderer Stelle gab es Vorschläge, wie das bestehende Jugendzentrum, das derzeit kaum genutzt wird, mit Leben gefüllt und so für junge Leute attraktiver werden

kann. Beim Blick auf die Ausstattung an Schulen kam vor allem das Thema Hitze und Ventilatoren zur Sprache. Auf der Wunschliste stand zudem eine Jobbörse für Jugendliche, ebenso die Bitte um organisierte Jugendreisen ins Ausland.

Die Beteiligten zeigten sich insgesamt sehr beeindruckt vom Engagement, Ideenreichtum und von der Diskussionsfähigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. „Man sieht heute einmal mehr, dass junge Menschen an ihrer Umgebung und an Politik interessiert sind, dass sie Wünsche haben, aber diese eben nicht nur fordern, sondern bereit sind, mitzuhelfen und sich zu engagieren. Das ist großartig“, betonte Landrat Lederer.

2014 wurde die Jugendkonferenz „#myvision“ erstmals organisiert. In dieser Zeit konnten zahlreiche Projekte realisiert werden, die auch heute noch Bestand haben – so zum Beispiel das Jugendmedienprojekt „aRound“. Seit vier Jahren schreiben junge Leute von 14 bis 27 Jahren unter Anleitung erfahrener Journalisten über landkreisweite Themen, die sie aktuell bewegen.

Vorbild aus dem Landkreis Rosenheim

Über viele Jahre war diese Form der Jugendbeteiligung deutschlandweit einmalig. Inzwischen haben weitere kreisfreie Städte und Landkreise damit begonnen, die von der kommunalen Jugendarbeit im Landkreis Rosenheim entwickelte Idee ganz oder teilweise zu kopieren. Angesichts der erzielten Ergebnisse ist dies wenig überraschend. **DK**

Metropolkonferenz des EMM e.V.:

Zukunft braucht Mut

Über Zumutungsmut, kreative Bürokratie und „einfach mal machen“ in der Metropolregion München

Der Verein Europäische Metropolregion München e.V. (EMM e.V.) veranstaltet einmal jährlich im Sommer seine Metropolkonferenz und das immer an einem anderen Ort in der Region. Dabei steht ein – für die gesamte Region zukunftsrelevantes – Thema im Fokus. In diesem Jahr widmeten sich die Teilnehmer im Gaswerk der Stadt Augsburg dem Schwerpunkt „Zukunft braucht Mut“.

Viel Platz war bei 200 Gästen nicht mehr in den Räumlichkeiten des Gaswerks Augsburg, als Oberbürgermeisterin Eva Weber sich in ihrer Eröffnungsrede über

die Rolle der Stadt Augsburg als Gastgeberin und Mitveranstalterin der Metropolkonferenz 2023 freute: „Wir stehen gemeinsam vor der Herausforderung tiefgrei-

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Paul Metz (CSU) hat sich bei der Bürgermeisterwahl in Stadtbergen (Landkreis Augsburg) gegen Susanne Rößner (FW) durchgesetzt. Metz erhielt überzeugende 82,9 Prozent der Stimmen, auf seine Kontrahentin entfielen 17,1 Prozent. Damit startet der alte und neue Rathauschef in seine dritte Amtszeit. Die Wahlbeteiligung lag bei 41,4 Prozent.

Neue Bürgermeisterin in Kahl a. Main (Landkreis Aschaffenburg) ist die 40-jährige Studienrätin Julia Fischer. Die SPD-Kandidatin tritt somit die Nachfolge ihres Parteifreundes Jürgen Seitz an, der nach 26 Jahren im Amt nicht mehr antrat. Fischer siegte in der Stichwahl mit 62,7 Prozent der Stimmen gegen Udo Hammer (CSU), der auf 37,3 Prozent kam. Die Wahlbeteiligung betrug 52,6 Prozent.

Mit großer Mehrheit wurde auch Friedrich Koch zum neuen Gemeindeoberhaupt von Georgensgmünd (Landkreis Roth) bestimmt. Der Kandidat der Freien Unabhängigen Wählergemeinschaft (FUW) behielt mit 61,6 Prozent der Stimmen die Oberhand gegenüber Doris Braun-Zimmermann (CSU), die 24,7 Prozent erzielte, und Gerd Berghofer (Bündnis 90/Die Grünen), der 13,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinte. Die Wahl war nötig geworden, weil Georgensgmünds früherer Bürgermeister Ben Schwarz (SPD) zum Landrat gewählt worden war. Die Wahlbeteiligung lag bei 61,9 Prozent.

Berichtigung Wahlbeteiligung Wallerstein

Auch in der Marktgemeinde Wallerstein (Landkreis Donau-Ries) ist der Zweite Bürgermeister künftig der Erste: Georg Stoller (PWG Wallerstein) setzte sich mit überragenden 89,2 Prozent der Stimmen gegen Andreas Lemmermeyer (WG Birkhausen) durch, der 10,8 Prozent auf sich vereinte. Die Wahlbeteiligung betrug 59,7 Prozent. In Ausgabe 14/2023 haben wir fälschlicherweise eine zu niedrige Wahlbeteiligung angegeben. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen. **DK**

GZ PINOS WELT



In der letzten Ausgabe hatte ich ja davon geschrieben, dass in unserer Stadt der Wohnungsbau hohen Stellenwert hat und auch der Bau von Einfamilienhäusern und Wohnraum für Familien immer noch weitergeht. Der Bürgermeister hat mich natürlich für diese positive Darstellung seiner Politik und seiner Leistungen gelobt. Gleichzeitig hat er mir aber mal

deutlich gemacht, dass der Wohnungsbau heute darstellt – für die Bauherren wie für die Kommunen. Die Bundesregierung tut sich leicht. Die verkündet einfach im Stil einer Planvorgabe à la Fünf-Jahres-Plan den Bau von 400.000 Wohnungen jährlich, davon 100.000 öffentlich gefördert. Sie tut aber nichts, um es Bauwilligen, Investoren oder Kommunen zu erleichtern, tatsächlich Wohnungen zu bauen.

Stichwort Bauvorschriften: Deren Zahl hat

Kraftakt Wohnraumschaffung

sich von 5.000 im Jahr 2000 auf nunmehr 20.000 in nicht mal 25 Jahren glatt vervierfacht. Diese sind vom kommunalen Planungsträger in der Regel nicht oder nur eingeschränkt zu beeinflussen. Allein 3.600 technische und rechtliche Normen sind beim Wohnungsbau zu berücksichtigen. In der Schweiz sind es 175. Gut, als alter Kater kommt man nicht so weit in der Weltgeschichte herum, aber meines Wissens handelt es sich bei der Schweiz um ein höchst zivilisiertes, sehr schönes Land, mit vielleicht nicht immer modernem (keine Kriegszerstörungen), aber äußerst standsicherem Wohnungsbestand.

Ketzerischer Gedanke: Vielleicht spart sich die Schweiz auch einfach die ein oder andere überzogene feuerpolizeiliche Vorschrift. Dann Hand aufs Herz, neben dem Datenschutz ist der Brandschutz der zweite große Fetisch, der zur Ausuferung von Bürokratie und zu nicht immer sachgerechten Ergebnissen führt. Langsam, liebe Leserinnen und Leser in den Bau- und Sicherheitsämtern, natürlich ist Brandschutz wichtig und natürlich will keiner in seinen eigenen vier Wänden verbrennen. Aber wenn man mal alle unterlassenen Dachgeschossausbauten oder

Aufbauten im Bestand erfassen würde, die nicht realisiert wurden, weil sie sich wirtschaftlich durch das Rutschen in eine neue Gebäudeklasse mit den damit verbundenen massiv erhöhten Auflagen nicht gerechnet haben, käme man sicher auf ein sehr dickes Buch des Verhinderns und Behinderns.

Stichwort Förderung: Derzeit geistern ja wieder Forderungen nach einer Abrissprämie für Häuser herum, deren Sanierung sich energetisch nicht lohne oder bei deren Abriss und Neubau überdurchschnittlich viel zusätzlicher Wohnraum gewonnen werden könnte. Jetzt sind Rufe nach solchen Prämien immer ordnungspolitisch fragwürdig, vor allem, weil ja aus Gründen der Ressourcenschonung und des Klimaschutzes Bestandserhalt vor Abriss gehen sollte. Vor allem ist nicht klar, welches sozial- oder klimapolitisches Ziel erreicht werden soll.

Wenn schon für Subventionen Geld ausgegeben wird, wäre es doch erheblich sinnvoller, gezielt diejenigen zu fördern, die sich bei Immobilienfinanzierungen nach der Decke strecken müssen. Beispielsweise könnte die Grunderwerbsteuer beim Erwerb der ersten selbstgenutzten Wohnung oder wahlweise eines – hier kommt das böse Wort wieder – Einfamilienhauses erlassen werden. Oder der Wegfall der Erbschaftsteuer auf eine Wohnimmobilie, egal ob man das frühere Zuhause der Eltern selbst nutzt oder vermietet. Das gesparte Geld könnte in die Sanierung fließen. Oder die Möglichkeit, energetische Sanierungen der eigengenutzten Immobilie einschließlich des Heizungstausches in kurzer Frist (fünf Jahre?) abzuschreiben (ja, alle Steuerrechtler müssen jetzt sehr tapfer sein, weil das unsystematisch ist – aber was ist bei unserem Steuerrecht schon noch systematisch?).

Es ist höchste Zeit, dass wir uns in Deutschland ehrlich machen: Wohnungen werden nicht durch Absichtserklärungen in Koalitionsverträgen gebaut, sondern durch Menschen, die das leisten wollen und die es sich leisten können. Also ran an die Baustandards und das Bauen einfacher machen. Wenn Geld verteilt werden soll, dann an junge Leute, Familien und diejenigen, die ein Familienerbe bewahren wollen. Denken wir an Johann Gottfried Herder: „Wie Menschen denken und leben, so bauen und wohnen sie.“

Ihr Pino

fender Veränderungen, die sich umfassender, schneller technologiegetriebener als nahezu jeder Wandel zuvor vollziehen. Jetzt müssen die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen werden und dafür brauchen wir einen Schulterchluss mit allen Partnerinnen und Partnern der Metropolregion München.“

Mut und Veränderung

Zwei prominente Keynote-Speaker führten die Gäste zu Beginn zu den Themen Mut und Veränderung hin. Politikwissenschaftler Professor Karl-Rudolf Korte von der Universität Duisburg-Essen referierte zu seinen Ansätzen über „Politischen Mut in der Transformation“. Dabei stellte er fest, dass „Veränderungen unseres Lebensalltag sichern und Zumutungsmut immer die Politik brauche“. Städteforscher Charles Landry brachte anschließend in seinem kurzweiligen Vortrag die „Kreative Bürokratie“ ins Gespräch: „Bürokratie muss neu denken, damit sie in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit anzugehen. Silo-Denken und traditionelle hierarchische Strukturen werden wahrscheinlich nicht die Lösung sein“. Es brauche ein Umdenken von „no, because“ hin zu „yes, if“.

Am Nachmittag stellten Vertreter aus der Region (u.a. Augsburgs Smart City Manager Horst Thieme oder Sabrina Mayer-Mai und Julia Mayer, stellv. Geschäftsführerinnen der MBM innovations GmbH) Ihre beruflichen Ansätze zu mehr Mut in der Praxis von Unternehmen und Kommunen vor.

Den Abschluss bildete eine Diskussionsrunde zwischen Chris-

toph Göbel, Annette Hilpert, Referatsleiterin Stadt- und Regionalentwicklung, Standortberatung, Mobilität bei der IHK für München und Oberbayern, Dr. Wolfgang Hübschle, Wirtschaftsreferent der Stadt Augsburg sowie Prof. Dr. Nadine Warkotsch, Vizepräsidentin für Forschung und Nachhaltigkeit der Technische Hochschule Augsburg.

Sie stellten sich vor 200 Gästen den Fragen von Tagesmoderatorin Caroline Voit: „Was braucht es, um Regionen und Unternehmen mutiger werden zu lassen?“, „Inwiefern kann der EMM e.V. dazu beitragen, mutiges Handeln und visionäre Ideen in und für die Metropolregion zu fördern?“ und „Was hemmt unseren Mut?“.

Bamberg im europäischen Städtenetzwerk

Welterbestadt nun offizieller Teil der „Intelligent Cities Challenge“ der EU-Kommission

Die Stadt Bamberg wurde von der EU-Kommission für zwei Jahre in das Netzwerk der Intelligent Cities Challenge aufgenommen. Das europaweite Netz von 63 Städten hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Partnerkommunen auf ihrem Weg zu innovativen Lösungen zu begleiten. Ob digitale, nachhaltige oder transformative Lösungen, das Netzwerk bietet für jeden Fall Beistand in Form von Austausch und fachlich erfahrenen Beratern. In den nächsten zwei Jahren will die Kommission vor allem die Umsetzung von „Local Green Deals“ in den Städten des Netzwerkes unterstützen. Neben Gelsenkirchen und Heidelberg ist Bamberg die dritte deutsche Stadt, die in das Netzwerk aufgenommen wurde.

„Es ist ein großer Erfolg für Bamberg, nun ein Teil der Intelligent Cities Challenge zu sein. Durch die europaweiten Netzwerke und das geballte Wissen der teilnehmenden Beraterinnen und Berater gewinnen wir als Stadt und Stadtverwaltung ein enormes Potenzial. Dadurch

sind wir in der Lage, uns noch intensiver zu vernetzen und ggfs. weitere Förderprogramme nach Bamberg zu holen. Davon profitiert nicht nur unsere Stadt, sie kann sogar eine Vorbildrolle einnehmen“, betont Oberbürgermeister Andreas Starke. **□**

Bezirk Niederbayern:

Museumsarbeit ist vielschichtig

Vertreter der Landesstelle für nichtstaatliche Museen in Bayern zu Besuch bei Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich

Seit 1. Mai ist Franziska Haar Gebietsreferentin für die nichtstaatlichen Museen in Bayern und neben der Betreuung der Gebiete Niederbayern und Oberpfalz außerdem zuständig für die Volontärsakademie Bayern. Gemeinsam mit Dr. Dirk Blübaum, dem Leiter der Landesstelle für nichtstaatliche Museen in Bayern, stellte sie Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich die umfassende Arbeit der Landesstelle vor.

Mehr als 1.300 kunst- und kulturhistorische Museen, Burgen und Schlösser, archäologische und naturkundliche Sammlungen, Museen der Technik- und Industriegeschichte oder Bauernhof- und Freilichtmuseen gibt es in Bayern. Das macht den Freistaat zu einer der reichsten Museumslandschaften Deutschlands. Rund 1.200 dieser Museen befinden sich nicht in staatlicher Trägerschaft.

Die Betreuung der nichtstaatlichen Einrichtungen ist im Bayerischen Denkmalschutzgesetz verankert. Dafür zuständig ist die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, welche dem Landesamt für Denkmalpflege zugeordnet ist. Zu den Aufgaben gehört neben der Beratung von Museen, Hilfe bei fachlichen Fragestellungen rund um den Museumsalltag und Fortbildung

von Museumsmitarbeitern auch die finanzielle Förderung der Museen bei Investitionen.

Unverzichtbarer Beitrag zu Bildung und Tourismus

„Gemeinsam mit den Museen plane ich Projektideen der gesamten musealen Breite, stelle bei Bedarf Kontakt mit weiteren Fachleuten her, berate zum Aufbau einer Fördermittelkulisse und begleite den gesamten Projektprozess bis zur Fertigstellung, in der Regel auch mit einer Förderung“, so beschreibt Haar ihre Tätigkeit.

Einen Schwerpunkt möchte sie dabei besonders auf kleine und mittlere Häuser in Niederbayern und der Oberpfalz setzen und diese dabei unterstützen, die jeweiligen regionalen Besonderheiten herauszustellen und für Einheimische ein Identifikationsangebot zu machen. Gleichzeitig sollen auch Touristinnen und Touristen erfahren können, was die Oberpfalz und Niederbayern auszeichnet.

„Museen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu Bildung und Tourismus,“ meint Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. „Insbesondere kleine Museen erhalten regionale Kultur und schaffen Identität. Daher begrüße ich es sehr, dass die Landesstelle für nichtstaatliche Museen in Bayern den Fokus auf diese Museen richtet.“

Bezirk Oberbayern:

Dank für hervorragende Ermittlungsarbeit

Bezirkstagspräsident Josef Mederer nimmt Stellung zur Ermittlung mehrerer mutmaßlicher Täter des Goldraubes aus dem keltischen römischen Museum Manching.

„Als Bezirk Oberbayern danken wir herzlich für die hervorragende Ermittlungsarbeit. Dieser Dank gebührt dem Bayerischen Landeskriminalamt, der Staatsanwaltschaft Ingolstadt, den verschiedenen Polizeiverbänden mehrerer Bundesländer und allen weiteren Beteiligten. Die Ermittlung der mutmaßlichen Täter ist eine großartige Leistung.“

Als Mitglied im Zweckverband des keltischen römischen Museums Manching sind wir nach wie vor erschüttert, mit welcher kriminellen Energie die Täter bei dem Raub vorgegangen sind. Dies haben jetzt auch die Ermittlungen bestätigt. Nun haben wir die große Hoffnung, dass wenigstens der noch nicht sichergestellte Teil des Goldschatzes im originalen Zustand erhalten ist.

Der Schatz aus dem Oppidum Manching ist von unermesslichem Wert, nicht nur wegen sei-

nes materiellen Wertes, sondern vor allem wegen seiner einzigartigen Bedeutung für unser kulturelles Erbe – als größtes keltisches Goldfund des 20. Jahrhunderts. Diese hat ihn auch zu einer der zentralen Attraktionen des Museums gemacht. Es wäre großartig, wenn der Schatz unversehrt ins Museum nach Manching zurückkehren würde“, so Mederer.

Weitere Informationen:

Der Bezirk Oberbayern hatte großen Anteil daran, dass das keltische römische Museum Manching vor rund 16 Jahren gegründet wurde. Er ist heute als Zweckverbandsmitglied mit rund 26 Prozent an der Einrichtung beteiligt. Hinzu kommen der Landkreis Pfaffenhofen – ebenfalls mit 26 Prozent – und der Markt Manching als größter Geldgeber mit rund 48 Prozent.



V.l.: Dr. Dirk Blübaum, Franziska Haar und Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Bild: Bezirk Niederbayern / Klement

Vorschau auf GZ 17/2023

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 14. September 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Entsorgungsmanagement und technische Lösungen
- Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV

LIEFERANTENNACHWEIS

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Bau

ERLUS AG

Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 087 73 18-0
F 087 73 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL
BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH · Rudolfstr. 112 · 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 · Fax: +49 (0) 89 420 496-55 · info@etsch.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel.: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau



GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.

Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

HIGHSPEED-INTERNET

www.netcom-bw.de

Ein Unternehmen der EnBW

NetCom BW

GLASFASER

Schnell, Stabil, Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau



Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86
85737 Ismaning

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.

Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten sichern unter: **0800 410 1410 111**

powered by Allianz

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten
schützen. Förderung nutzen!

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

Kommunale Fachmedien



Flamingos haben wir nicht!

Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:

Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de

schweitzer
Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER
municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171.9307-12

steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Photovoltaik

UNTERHOLZNER
ENERGIELÖSUNGEN

Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0

www.unterholzner-photovoltaik.de

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Softwarelösungen

KOMMUNE-AKTIV.de

Sitzungsmanagement / Risikoinformationssystem

Der leichte Weg hin zu mehr Digitalisierung.

kommune-aktiv.de

M7I
SERVICE

Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.
m7i-service.de

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage



„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

- Wartung und Reinigung von:
- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung



Lüftungs-Reinigungs-Service

Franz Sedlmeier GmbH

Wolfraatshäuser Straße 9a

82049 Pullach im Isartal

Telefon: (089) 74 44 24 98

Fax: (089) 74 44 24 99

eMail: info@l-r-service.de

Internet: www.l-r-service.de

Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **Waldemar**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!